

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
 erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei
 in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement
 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf.
 (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr
 beträgt für die 4 gespaltete Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige.
 Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr
 Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-
 Bureau, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Kolonisation im Innern.

Es ist nicht das erstemal, daß wir über diesen Gegenstand schreiben. Aber immer und immer wieder drängt sich diese Frage in den Vordergrund, da sie innig verwachsen mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Vaterlandes und auch in Bezug auf die Arbeiterfrage von großer Bedeutung ist.

Diese Kolonisationsfrage taucht wieder auf bei den Kanalvorlagen, welche dem Reichstage gemacht und in der Thronrede dem preussisch-n Landtage in Aussicht gestellt worden sind. Dieser äußere Anlaß schon bestimmt uns, noch einmal generell auf die Angelegenheit einzugehen, selbst auf die Gefahr hin, nichts Neues vorzubringen.

Wir haben schon mehrfach die Worte: „Kolonist im Innern!“ besonders im Gegensatz zu der überseeischen Kolonisationschwärmerie ausgerufen und sind oft genug mißverstanden worden. Viele dachten bei solchem Ausrufe lediglich an die sogenannten Arbeiterkolonien a la Wilhelmsdorf, die ja auch, obgleich nur in sehr geringem Grade, der Kolonisation im Innern dienen, die aber, wenn sie in den Reichsbereich übergingen und nach Reichsgesetzen geleitet würden, gewiß erheblich segensreicher wirken könnten. Natürlich müßten diese Kolonien dann zweckentsprechend vermehrt und nicht etwa — was allerdings eine drohende Gefahr wäre — zu Strafanstalten degradiert werden. Auch müßte alles ortho-doxe und pfäffische Wesen fern gehalten werden. Durch solche Anstalten würden dann sicherlich große Siedel- und Sumpf- und Neuland der Kultur erworben.

Aber wir haben in Deutschland noch eine derartig große Fläche von Neuländern, daß solche Arbeiterkolonien dieselben nur in sehr geringem Grade zu kultivieren vermögen; dazu ist „freie Arbeit“ erforderlich. Diese Arbeit aber hätte sich hauptsächlich nach zwei Richtungen hin zu betätigen: in Bewaldung von Hochebenen und Abhängen und in der Kanalisation der norddeutschen Tiefebene.

Die rationelle Bewaldung erst noch zu empfehlen, hieße Eulen nach Athen tragen. Jedermann kennt die kulturelle Bedeutung derselben und weiß, daß die Bewaldung kahler Abhänge der beste Damm gegen Ueberschwemmungen, der beste Schutz gegen Ausdörrung des Fruchtlandes und der beste Gesundheitsförderer für die Menschen ist.

Bezüglich der Kanalisation aber erheben sich von vielen Seiten Bedenken. Dieselbe sei viel zu kostspielig und schädige die Eisenbahnen. Der zweite Einwand wird schon dadurch widerlegt, daß jetzt noch überall Konkurrenzbahnen entstehen, die nach Anlage eines Kanalnetzes fähig unterbleiben dürften. Dann aber befördern die Kanäle lediglich Massengüter, bei denen es nicht auf die Schnelligkeit der Beförderung, sondern auf die Billigkeit ankommt. Gegenwärtig muß zum Beispiel im deutschen Norden die westfälische Steinkohle noch der englischen weichen. Nach

Anlegung von genügenden Kanälen aber wird Norddeutschland die westfälische Steinkohle billiger, als die englische, ja die Steinkohle überhaupt billiger erlangen. Dadurch aber wird die gesammte wirtschaftliche Thätigkeit gesteigert werden, von der dann wiederum die Eisenbahnen den Löwenanteil erhalten. Wie mit den Kohlen, so mit dem Eisen und wie bei diesen Einzelheiten, so auch in der Gesamtheit.

Wenn man nun aber behauptet, daß die Anlage von Kanälen, zu denen man natürlich auch die viel billigeren Flusregulierungen zu rechnen hat, allzu kostspielig sei, so läßt man einen und wohl den wichtigsten Faktor außer Betracht, nämlich den ungemein günstigen Einfluß, den ein ausgedehntes Netz von Wasserzügen auf die Landwirtschaft ausübt.

Von Holland weiß man, daß wüste, fast ertraglose, nur äußerst gering besiedelte Moor- und Weideland in blühendes Acker- und Weideland umgewandelt worden sind mit einer dichten und verhältnismäßig wohlhabenden Bevölkerung; und dieses Wunder ist lediglich durch den Bau von Kanälen bewirkt worden.

Die Kanäle bieten nicht nur die Mittel zu einem billigeren und leichteren Transport der landwirtschaftlichen Produkte und zur Beschaffung von Dünger, sondern vorzugsweise auch zur Herstellung eines Systems von Entwässerungs- und Bewässerungsanlagen. Dies möge besonders das preussische Abgeordnetenhaus bei der Verathung der Kanalvorlagen nicht aus dem Auge lassen. Beim Baue des Nord-Ostsee-Kanals kommt ja diese Frage auch in Betracht, aber doch nur in geringem Maße.

Wir haben in Deutschland noch großen Mangel an einer guten Wasserausnutzung und Wasserabfuhrung zu landwirtschaftlichen Zwecken; die Landwirtschaft könnte durch Befestigung dieses Mangels um vieles ergiebiger gemacht werden. Durch Entwässerung würde mehr Raum für die Besiedelung gewonnen, durch Bewässerung aber würden geringwertige Länderstrecken fruchtbarer und die Erzeugungskraft unseres Bodens im Allgemeinen bedeutend gefördert werden.

Die Erfahrungen, die man in Frankreich gerade über diese Funktion der Kanäle gemacht hat, sind ungemein günstige; die Erhöhung des Bodenerwerthes überstieg im Durchschnitt die Anlagelosten um das Doppelte — und dasselbe würde auch wohl in Deutschland der Fall sein.

Wie man da von allzugroßer Kostspieligkeit bei Anlage der Kanäle sprechen kann, ist uns unerfindlich! Bewaldung kahler Hochebenen und Abhänge, Erleichterung des Verkehrs und Bewässerung resp. Entwässerung der Neuländer durch Anlage von Kanälen — das sollte die nächste Aufgabe Deutschlands in Beziehung auf die Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse sein. Das

Wagabundenthum und die übergroße Auswanderung — beide würden nach und nach verschwinden. Natürlich wird dabei angenommen, daß ein gleich rationelles Verfahren in Beziehung auf wirtschaftliche Distribution damit Hand in Hand gehe.

Auf die Kolonisation im Innern sollte sich deshalb das Reich werfen; das wäre besser, als den Utopien jenseits des Meeres nachzujagen.

Wenn das Deutsche Reich diese Sache energisch in die Hand nähme — ganz abgesehen von dem Nord-Ostsee-Kanal — und in der nächsten Reichstagsession unter Abstrich von 100 Millionen Mark am Militäretat eine Kolonisationsvorlage machte, so würde gewiß der Reichstag die disponibel gewordenen 100 Millionen zu Waldaufforstungen und Kanalbauten mit Freuden bewilligen.

Doch werden wir wohl noch sehr lange auf eine solche Reichsthat warten müssen!

Politische Uebersicht.

Der preussische Etat pro 1886 balancirt in seinen Einnahmen und Ausgaben mit 1 302 828 442 M. und bedarfert den Fehlbetrag der Einnahmen über die Ausgaben auf 14 154 000 M. Die staatlichen Betriebsverwaltungen ergaben einen Mehrüberschuß von 15 805 611 M., wovon 10 290 268 M. auf die Eisenbahnverwaltung entfallen. Die Forsten ergaben einen Mehrüberschuß von 2 682 800 M. Infolge der Mehreinnahme aus dem Holzabsatz, der Mehrüberschuß der direkten Steuern betrug 2 504 123 M., der indirekten Steuern 1 707 520 M. Die ordentlichen Ausgaben betragen 2 370 689 M. mehr in Folge der Mehrverginung der erhöhten Staatsschuld. Der Ausgabe-Etat des Kultusministeriums ist um 3 108 361 Mark höher, darunter 1 800 000 M. zur Erhöhung der Pensionen der Lehrer und Lehrerinnen auf Grund des Gesetzes vom 6. Juli 1885. Die außerordentlichen Ausgaben sind um 90 641 Mark geringer als im Vorjahre.

Die „National-Zeitung“, welche ohnehin schon lange im Jahressommer des Dämmerungs-Liberalismus steht, hat gelegentlich der Kolonisationsdebatte noch eine Extrawendung nach rechts vollzogen, indem sie gegen „die Majorität unter dem Agros-neten Viebnecht“ loswettert. Wertwürdig ist nun, daß sich jetzt in die Verantwortung für den politischen Theil zwei Redakteure theilen. Während Herr Dernburg als verantwortlicher Redakteur zeichnet, hat sich, dem Blatte zufolge, die Verantwortlichkeit für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile auf Herrn Rübner abgezweigt. Die Sache ist zwar etwas eigenhämlich, aber bei einem Organ, das nicht Fisch noch Vogel ist, sehr erklärlich.

Von Herrn Reichstagsabgeordneten Viebnecht erhält die „Frankf. Ztg.“ folgende Zuschrift: „An Ihrem gestrigen Abendblatt schreiben Sie anlässlich der Entscheidung des Reichstages in Sachen der Gottburgischen Wahl: „Der Viebnecht geht zu weit, wenn er die Kassation jeder Wahl verlangt, in deren Vorbereitung die Auflösung einer Versammlung fällt.“ Ein solches Verlangen ist nie von mir ausgesprochen worden. Wie Ihnen der stenographische Bericht zeigen wird, habe ich genau den Standpunkt vertreten, welcher zur

zu erhalten, sich mit dem Unterkommen und der Kost bei dem Direktor Weber begnügte oder begnügen mußte. —

Die Toilette des Direktors war endlich zu Ende, er entfernte sich ohne Gruß oder ohne überhaupt noch Notiz von der Anwesenheit seiner Gattin zu nehmen, aus der Wohnung, um sich zu dem Klavierspieler zu begeben.

Von der Küche, in welcher Mutter Weber herum hantirte, ging eine Treppe nach der oberen Etage der Wohnung. Unter dieser Treppe, in dem dunklen Winkel, befand sich die Lagerstatt der Herrin des Hauses.

Raum war die Thür hinter dem Direktor in's Schloß gefallen, als die Mutter Weber an die Treppe eilte und mit kreischender Stimme nach oben rief:

„Ist oben Alles in Ordnung, Friz?“

„Sawohl,“ tönte es von oben herab.

„Nun denn, komm' einmal herunter, Du kannst mir einen Gefallen thun,“ rief die Frau hinauf und machte sich zugleich an ihrem Herd zu schaffen, von wo sie schließlich unter vielem alten Gerumpel eine ziemlich umfangreiche Flasche hervorholte.

„Hier, Friz,“ sagte sie, nachdem der ehemalige Klown hinabgekommen war, „für dreißig Pfennige; wenn sich der Meister den ganzen Tag in den Kneipen herumdrückt, brauchen wir hier wahrhaftig auch nicht zu duseln.“

„Ganz recht, Mutter Weber, Sie treffen doch immer das Richtige,“ entgegnete Friz mit vergnügtem Schmunzeln, „ich habe schon den ganzen Morgen eine unwiderstehliche Sehnsucht nach einer ordentlichen Herzstärkung gehabt. Ich bin im Augenblick jurüd.“

Der lange Mensch stürzte die Treppen hinab. Dicht bei dem Thorweg des Hauses befand sich ein Budikereller, in welchem er mit der Flasche verschwand.

Mutter Weber machte es sich inzwischen bequem. Sie setzte sich neben den Ofen an den großen eigenen Tisch, holte aus der Schublade ein Spiel Karten, deren Zeichnungen vor Schmutz und Fett kaum noch zu erkennen waren, und fing an dieselben eifrig zu mischen.

Feuilleton.

Dunkle Gestalten.

Erzählung aus dem sozialen Leben der Gegenwart

von Karl Zietze.

Der Direktor Weber hatte sein Kunstreitergeschäft aufgegeben. Es war ihm seit dem letzten Vorfall zu gefährlich erschienen, mit den lebenswürdigen Eisersüchteleien seiner Frau rechnen zu müssen, denn trotz seiner brutalen Rücksichtslosigkeit, trotz seiner unerfättlichen Gewinnsucht war er doch viel zu vorsichtig, etwas selbst zu begeben oder auch nur geschehen zu lassen, was ihn irgendwie mit den Gesetzen in Konflikt bringen konnte.

Er kannte den Charakter seiner Frau sehr genau. Er wußte, daß sie ihm eine Treulosigkeit, auch wenn sie eine solche nur vermuthete, niemals verzeihen würde, daß sie kein Mittel unversucht lassen würde, sich an ihrer Nebenbuhlerin zu rächen. Sie war eine zu fürchtende Feindin; wenn es ihr auch an dem nöthigen Scharfsinn gebrach, durch langsame Intrigen einen Gegner zu vernichten, so war sie doch bei einem Wuthausbruch vermöge ihrer unbezähmbaren Körperkraft von unberechenbarer Gefährlichkeit. Hierzu kam noch, daß sie allabendlich in einem Zustande regelrechter Trunkenheit sich befand der häufig bis zur Besinnungslosigkeit ausartete.

Die Kunstreiterei war also an den Nagel gehängt und der Direktor Weber hatte sich bereits nach einem anderen, weniger gefährlichen Erwerbsweige umgesehen. Er hatte die Absicht, sich eine kleine Kruppe von Sängern zu engagiren, um mit diesen in einem Berliner Lokal Vorstellungen zu geben. Er war bereits mit dem Besitzer dieses Lokals in Verbindung getreten, es fehlte ihm zur Verwirklichung seines Planes nur noch das nöthige Personal.

Zwar hatten ihm verschiedene Agenten und Kommissionäre, an die er sich gewandt hatte, Sängern in Hülle und Fülle nachgewiesen, dem Direktor, der bei dieser Gelegenheit sich außerordentlich wählerisch zeigte, hatten dieselben jedoch in keiner Weise genügt. Er hatte sich daher vorgenommen, sich selbst das nöthige Material heranzubilden, und deshalb besuchte er so eifrig die Berliner Nach-Cafés, um hier unter den Damen sich stimmbegabte junge Mädchen auszusuchen.

Wenn das Engagement von Martha perfekt wurde, so hatte er die genügende Anzahl von Damen beisammen, es fehlte dann nur noch an dem nöthigen Unterricht und an der Schulung, um die Vorstellungen beginnen zu können. Auch hierfür hatte der Direktor bereits gesorgt, er hatte einen jener Klavierspieler engagirt, wie sie in einer Großstadt wie Berlin zu Duzenden zu jeder Zeit zu haben sind, und dieser musikalische Herr sollte den zukünftigen Sängern das zur Ausübung ihres Berufes notwendige Maß von Kunstgeschick beibringen.

Dieser Mann hatte wirklich viel Talent für Musik, er gab sich redliche Mühe, seinen theilweise recht ungeschickten Schülern die Grundzüge der Gesangs Kunst beizubringen, und mehr wie einmal rang er in den Unterrichtsstunden verzweifelt seine großen mageren Hände. Der Direktor Weber bezahlte diesen jungen Menschen natürlich jämmerlich, er wußte, daß er solchen Leuten eben Alles bieten konnte, er tröstete ihn jedoch damit, daß er sein Gehalt erhöhen würde, wenn erst die ganze Sache im Gange wäre.

Die beiden Kinder hatte der Direktor vorläufig außer seinem Hause untergebracht, Louis sollte in die Lehre kommen oder sich als Laufbursche sein Brod verdienen, während Pauline, für welche der Direktor immer noch eine ganz besonders liebevolle Zärtlichkeit bewahrt hatte, in einer Gemeindefchule untergebracht war. In der Wohnung des Direktors befand sich außer der Mutter Weber nur noch der ehemalige Klown, der ohne eine feste Bezahlung für seine vielfachen Dienstleistungen

Raffierung der Wahl führte und die Frage der Revision der Verträge (denn um Verträge, nicht um Aufstellungen handelt es sich) für das Gesamtwahlresultat scharf betont. In meinem vor Jahresfrist verfassten schriftlichen Referat über die Wahl Hanel's führte ich des Näheren aus, welche bedenklichen Konsequenzen es haben würde, wenn die Thatsache eines unberechtigten Versammlungsverbots an sich in jedem Falle die Kassation einer Wahl nach sich zöge. Ihr Jrrthum ist wahrscheinlich durch eine Neuerung des Herrn Marquardsen entlarvt, die ich nicht sofort richtig stellen konnte, weil ich in Folge des unerwartet raschen Schlußes der Debatte mich zu spät zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet hatte — ein Mißgeschick, das beiläufig aus dem gleichen Grund auch Andere betraf.

Der Papst hat wieder einmal eine Enzyklika (Rundschreiben) an die preussischen Bischöfe erlassen. Dasselbe behandelt die gegenwärtige Lage der katholischen Kirche in Deutschland. „Se. Heiligkeit“ spricht den Dienern und Anhängern der Kirche für ihre Treue und Hingebung in den traurigen Zeiten des Kulturkampfes seine Anerkennung aus und betont dann, daß auch in Zukunft kein Mittel unversucht bleiben werde, um die Zurücknahme der Gesetze, welche die Lebensader der Kirche unterbinden und den Gläubigen somit Kummer verursachen, herbeizuführen.

Die in der Thronrede angelobten gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutze des Deutschtums in den polnischen Provinzen sollen nach offizieller Ankündigung sehr umfassender Art sein und hauptsächlich die Verhinderung von Rückständen betreffen, wie sie in Folge der auf Grund des bekannten Antrags Spahn gemachten Erhebung zu Tage treten. Es scheint jedoch in erster Linie das Gebiet der Schule ins Auge gefaßt zu sein, wodurch indessen — so meinen verschiedene Blätter — nicht ausgeschlossen scheint, daß auch die Heranziehung deutscher Ansiedler in jene Gegenden in Betracht gezogen wird.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Generalkaassanwalt a. D. Dr. von Schwabe ist gestern früh in Dresden gestorben. Im Reichstag gehörte er der freikonservativen Partei an.

Ueber den Reichstagsbeschluß in Bezug auf die Polenauweisungen sind die nationalliberalen Blätter vollständig aus dem Häuschen. Allen voran aber läßt nochmals Kasandra „Börsen“ in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ ihre manchmal wehmüthvolle, manchmal leifende Stimme vernahmen. Hören wir diesen Unkenruf an: „Der traurigste Tag, den der deutsche Reichstag in seiner ganzen Geschichte gesehen, ist zu Ende. Einer Maßregel der preussischen Regierung, die zur Abwendung einer deutschnationalen Gefahr bestimmt war, ist, wie der Sozialdemokrat Liebknecht sagt, das verdiente Brandmal“ aufgedrückt worden. Es giebt keine Milderungsgründe für diese unheilvolle That unserer Volksoberkeit. Man möchte die Art, wie die Ausweisungen von Polen im Einzelnen bewerkstelligt worden, bemängeln, man möchte Zweifel über die Nothwendigkeit des großen Umfangs, welchen man den Ausweisungen gegeben, aussprechen — wiewohl auch dies gerechter Weise zu vermeiden gewesen wäre, so lange die preussische Regierung nicht die vom Fürsten Bismarck für das Abgeordnetenhaus in Aussicht gestellten Aufschlüsse gegeben hat. Aber man hat mit der Annahme des Antrags Windthorst unendlich viel mehr gethan: man hat das Vorgehen der preussischen Regierung, welches vom Reichstagler am 1. Dezember mit größter Entschiedenheit als ein Akt der deutschnationalen Politik gekennzeichnet war, in seiner Gesamtheit als dem „Interesse der Reichsangehörigen“, d. h. dem nationalen Wohle zuwiderlaufend, verurtheilt. Wir fürchten, dieser Tag wird in der parlamentarischen Geschichte des Deutschen Reiches eine verhängnißvolle Bedeutung gewinnen. Die künftige Betrachtung wird sagen, daß an diesem Tage zum ersten Male die Gegner des neuen Deutschen Reiches in einer klaren nationalen Frage im Reichstage endgiltig die Oberhand erlangten und daß ihnen dies ermöglicht worden einzig und allein durch die Schuld der deutschfreisinnigen Partei. Was immer die alte Fortschrittspartei seit 1867 getrieben haben mag, in Fragen von so sonnenklar nationaler Bedeutung, wie die Zurückweisung des gefahrdrohenden vordringenden Polens zum Ende, hätte sie bisher noch immer, wenn auch oft erst nach langen Irrungen, schließlich doch den rechten Weg gefunden. Heute hat sie und haben mehr noch die ehemaligen Nationalliberalen in ihren Reihen mit ihrer Vergangenheit gebrochen: die deutschfreisinnige Partei ist nunmehr auch in Fragen der rein nationalen Politik eingetreten in die polnisch-weltlich-sozialdemokratische Erfolglosigkeit des Herrn Windthorst. Das Volk wird ihr diesen Tag nicht vergessen!“ — Wir haben zu diesen Expektationen nur zu bemerken, daß dieser nationalliberale Schmerzensruf der beste Beweis ist, daß der Reichstag das Richtige getroffen hat. Auf derjenigen Seite, wo die Nationalliberalen stehen, steht auch immer das Unrecht.

Die Begründung der Branntweinmonopolvorlage, welche nunmehr ebenfalls dem Bundesrath vorliegt, betont in ihrem allgemeinen Theil zunächst, daß die verbündeten Regierungen „ungründet aller Schwierigkeiten und Hemmnisse, die Mißverständnisse hier und Feindschaft dort zu bereiten oder zu vermehren unablässig bemüht gewesen sind,“ an der vor acht

Jahren unternommenen Reichssteuerreform festhalte. Das Ziel sei ein durch die Existenz des Reichs selbst dergestalt unmittelbar gegebenes, notwendiges, seine Erreichung ein so eminentes und unersetzliches Mittel zur Festigung des Reiches gegen alle Gefahren und zur dauernden Zusammenhaltung aller seiner Glieder, daß die verbündeten Regierungen von denselben nicht ablassen könnten und dürften, daß sie vielmehr, bis es endlich ganz und voll erreicht sein werde, immer erneute Bemühungen, es zu erreichen, würden machen müssen. Was nun das gegenwärtig ins Auge gefaßte Steuerobjekt betrifft, so werde fast allseitig anerkannt, daß der Branntwein wirklich hohe Erträge zu liefern vermöge, aber über die Wege, welche die Gesetzgebung einzuschlagen habe, beständen weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Im Wege des Monopols und nur im Wege des Monopols sei es jedoch möglich, wenn auch nicht ohne alle, so doch zweifellos ohne überwiegende Härten und Nachteile, dem Reich die erforderlichen, sehr beträchtlichen Mehreinnahmen vom Branntwein zuzuführen und zugleich im Interesse der Moralität und der Gesundheit des Volkes auf eine Einschränkung des übermäßigen Branntweingenusses, sowie auf Fernhaltung aller an sich schädlichen Branntweinorten mit Erfolg hinzuwirken. Von diesen Gesichtspunkten aus sei der Entwurf eines Gesetzes aufgestellt, und zwar für den Umfang des ganzen Reiches, indem der Voraussetzung gefolgt sei, daß die süddeutschen Staaten mit einer auf den Branntwein beschränkt bleibenden Aufgabe des entgegenstehenden Sonderrechts aus Art. 35 der Verfassung sich einverstanden erklären werden. Nachdem die Begründung dann speziell auf die einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfs eingegangen, schließt sie folgendermaßen: „Ungeachtet der Verminderung des Branntweinkonsums, welche die Erhöhung des Preises und die Beschränkung der Schankstätten zur Folge haben werden, ist von dem Monopol eine hohe Einnahme zu erwarten, eine höhere, als sie durch eine andere Steuerreform erreicht werden könnte. Die Veranschlagung des Ertrages beruht zwar der Natur der Sache nach in vielen Einzelheiten auf unsicheren Grundlagen, zum Theil auf bloßen Schätzungen. Aber es ist im Großen und Ganzen doch mit Sicherheit anzunehmen, daß ein Ertrag von 300 Millionen Mark sehr wohl damit zu erreichen ist. Es bleibt vorbehalten, für die Verhandlungen im Bundesrath eine spezielle Ertragsberechnung vorzulegen.“

Die Handelskammer zu Nordhausen hat sich in einer Eingabe an den Reichstagler und den Reichstag mit der Bitte gewandt, das Branntweinmonopol in jeder Form und für immer abzugeben. Die Handelskammer hat diesen Schritt einstimmig beschlossen und begründet ihre Eingabe mit einer Reihe thatsächlicher Ausführungen. Sie sagt dann, daß sie als berufene Vertreterin der gewerblichen Interessen der in ihrem Lebenskreis aufs Heftigste bedrohten Stadt Nordhausen es als ihre unabwendbare Pflicht erachte, gegen das Branntweinmonopol auf das Entschiedenste Stellung zu nehmen. Nordhausen mit seinen 72 Brennerreien, in welchen ca. 50 Millionen Liter Branntwein jährlich, also nahezu ein Zehntel des ganzen Verbrauchs im Reich, fabrizirt werde und zum Versandt gelange, werde durch das Monopol dem Ruin entzogen, da durch das Schwenden des geschäftlichen Verkehrs und die Entwerthung aller Grundstücke eine allgemeine Verarmung die unausbleibliche Folge sei. Kaum jemals habe Nordhausen vor einer solchen Krisis gestanden, wie in diesem Augenblicke.

Ueber die bairische Ministerkrisis bringt die „Frankf. Zig.“ aus München folgende von ihr als zuverlässig bezeichnete Angaben: König Ludwig legte dem Ministerium nahe, dem Landtage eine Kreditvorlage bis zu 20 bzw. 30 Mill. zu machen, behufs Fortsetzung seiner Schloßbauten. Am 6. d. M. antwortete das Gesamtministerium hierauf mit einer Vorstellung an den König, welche in der Bitte gipfelte, derselbe wolle im Hinblick auf die präkäre Lage des Landes die Bitten einstellen. Am 10. d. M. erfolgte die Antwort des Königs, durch welche diese Vorstellung zurückgewiesen wurde. Am 11. d. M. beriet das Gesamtministerium über die Angelegenheit; eine Minorität war für Demission, es behielt indessen die Ansicht die Oberhand, daß das Ministerium keinen Grund habe zurückzutreten.

Die Ausweisung des Schriftstellers Bang hat, nach dänischen Blättern, in seiner Heimath großes Aufsehen gemacht. Bang hat sich von hier nach Meiningen begeben. Was den Grund der gegen ihn ergriffenen Maßregel betrifft, so wird einem Wiener Blatte von hier gemeldet, Minister von Quidtamer habe dem beschwerdeführenden dänischen Gesandten einen Artikel eines in Bergen (in Norwegen) erscheinenden Blattes gezeigt, in welchem angeblich von Bang herrührende unpassende Aeußerungen über Bildnisse der kaiserlichen Familie enthalten waren.

Eine Ermittlung des Ernteertrages findet auf Beschluß des Bundesrathes auch für 1885 statt. Die Ermittlung hat den Zweck, durch unmittelbare Umfrage möglichst zuverlässige Angaben über die 1885 wirklich geerntete Menge von Bodenerzeugnissen zu gewinnen. Die Ermittlung wird in der zweiten Hälfte des kommenden Monats vorgenommen werden.

Zu München hielt der demokratische Verein eine gut besuchte öffentliche Versammlung im Café Victoria ab. Auf der Tagesordnung stand: Die bisherige Thätigkeit des Reichstages und die zu erwartenden Vorlagen. Reichstagsab-

geordneter Kröber erstattete Bericht über seine Thätigkeit und erklärte sich gegen Erneuerung des Septennats und des Sozialistengesetzes, gegen das Branntweinmonopol. Es ward einmütig folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung erblickt mit tiefem Bedauern in dem seit herigen Verlaufe der gegenwärtigen Tagessession, als in der in Aussicht stehenden Vorlesung Anzeichen der immer näher das Haupt erhebenden und einer ebenso kurzfristigen als eigennütigen Interessen und erhofft endliche Besserung nur von einmütigen Zusammenwirken des wahrhaft freisinnlich gestimmten Volks seiner überzeugungstreuen Abgeordneten. Sie ermahnt letzteren besonders energische Opposition gegen das Branntweinmonopol, das Septennat und die Verlängerung des Sozialistengesetzes.“

Ueber den Kongostaat läßt die Redaktion der „Allgemeinen Zeitung“ in einer Besprechung des letzten Werkes S. Stanley's und der Entgegnung von Pechuel-Loesche auf dasselbe sich folgendermaßen vernehmen: „Der Stanley's Werk und Pechuel-Loesche's Entgegnung auf dasselbe hat, dem drängt sich gebieterisch auf, daß der Kongostaat, trotz Kongreß und vollem Schutze und trotz der Millionen, welche der König Belgien dafür hergegeben hat, doch vorerst nichts ist, als es unverrückt zu sagen, ein großer Humbug. Das ganze Gebiet ist zu ungeheuer, um in erfolgreicher kultureller Hinsicht in Angriff genommen werden zu können. Der Kongostaat ist zu wenig eine kontinuierliche Macht, um auf ihn Handel und Verkehr in das innerste des großen Kontinents hineinzuleiten. Die Völker des Gebietes sind zu wenig an Arbeit gewöhnt, um einen Ueberfluß von Produkten zu erzielen, den sie in den Handel bringen können, und zu arm, um Tauschverträge zur Erwerbung pädagogischer Manufakturen zu befehlen. Die Zustände unter den Stämmen des Innern, wo die Hauptlinge einander bekämpfen, um Beute an Lebensmitteln, Tauschwerthen, Sklaven zu machen, welche, mit der Beute beladen, den Handelswegen getrieben und dann sammt der Beute verkauft werden, sind zu ungesichert, um die Grundbesitzer Niederlassungen zu gestatten und die Eingeborenen geregelter Arbeit zu erziehen. Die ganze Organisation des Kongostaates ist zu wenig bürokratisch, um die Schwärze des schwarzen Kontinents hinein von Männern werden soll, die nie in Afrika waren und von den Bedürfnissen eines solchen Kolonialunternehmens, von der Wichtigkeit eines geregelten Verkehrs dorthin und von den nützlichen Einflüssen aller Lebensbedürfnisse keinen Begriff ist eine verfehlte. Das Klima des ganzen Flußgebietes ist zu mörderisch, als daß Europäer darin selbst bei der besten Verpflegung gedeihen und durch längeren Aufenthalt Erfahrungen sammeln könnten. Die ganze Arbeit von Jahren hat trotz dem kolossalen Aufwand an Geld und wissenschaftlichen noch so wenig Gelingen und Dauerhaftigkeit wenig Zusammenhang, Verbindung und Verkehr hervorgerufen, daß man selbst in Jahren nicht auf einen Erfolg wird rechnen dürfen. Die meisten Mitarbeiter ihrer Zeit gehen mit dem Leben bezahlt und die neuen Vorkämpfer demselben Schicksal entgegen. Die ganzen Stationen und Niederlassungen zerfallen rasch wieder zusammen, und ehe es zu den unabwendbaren Flußkorrekturen der von Stanley beschriebenen, unrentablen Eisenbahnen kann, wird der Kongostaat ein ganz verfehltes Unternehmen und verlassen worden sein und nur noch auf der Karte existieren.“

Lesepfe über den Panamakanal. Einem Bericht des „Gaulois“ gab Lesepfe über seine bevorstehende Reise folgende interessante Auskunft: Am 27. d. M. über Boulogne nach Southampton reisen, wo ich mit Vertretern der Handelskammern von Bordeaux, Paris, Havre, Lyon, Rouen, Nantes und den Abgesandten (Hartley), Deutschlands (Geh. Rath Peschel), Hollands, Vereinigten Staaten, zusammentreffe. Im Ganzen sind 15 Reisende sein und 14 Tage auf Panama verweilen will, daß der französische Handel und die Abgesandten anderer Nationen sich persönlich von dem Stand der Seelanal vollbrachten Arbeiten überzeugen können. Die Landenge vom Atlantischen bis zum Stillen Ocean 27 Unternehmern, die in mehrere Gruppen vertheilt sind. Einer derselben verfügt über 200 Mill., ein anderer über 100. Ich hielt stets darauf, die Interessen der Unternehmern, welche allzuoft von den Ingenieuren zu Grunde werden. Von den 600 Mill. Fr., die für den Kanal bestimmt sind, habe ich 80 zu Preisen für die mit der Durchführung der Landenge beauftragten Unternehmer vorbehalten. Jeder Unternehmer hat sich verpflichtet, seine Aufträge vorgeschriebenen Fristen zu beenden. Der Kanal Ende 1888 vollendet sein und die Einweihung gleich nach Schluß der Regenzeit stattfinden. Die Kosten, die wir dort besitzen, ermöglicht es, in drei Stunden von Panama nach Aspinwall (Colon) zu fahren. Unsere Arbeiter die Arbeiten aus nächster Nähe beobachten. Die Arbeiter sind meist aus Jamaika und Barbados; die Lehne starrte die wahrcheinlich Sie ständig den Genuß der Frau tausendster Jahren ein sie ihrer Kosbarkeit setzt, um für ihren Schnaps plötzlich

Nachdem sie aus der neben ihr stehenden Horndose eine bedeutende Prise genommen hatte, legte sie die Karren in verschiedenen Reihen offen vor sich hin, indem sie mit gespannter Aufmerksamkeit die Reihenfolge der einzelnen Blätter verfolgte.

„Der Teufel soll mich holen,“ brummte sie vor sich hin, „wenn er mich nicht dennoch hintergeht, aber ich werde auch in dem neuen Singfang-Institut ein wachsameres Auge auf ihn haben, und wehe ihm, wenn ich ihn auf falscher Fährte erweise. Dann soll es die kleine Kröte mit ihren Unschuldsgaugen dennoch büssen. Na, endlich —“ unterbrach sie sich selbst, als Fritz mit der gefüllten Branntweinflasche in das Zimmer trat.

„Prost, Mutter Weber,“ sagte er, indem er die Flasche gegen das Licht hielt.

„Galt, erst komme ich, Du hast wahrscheinlich doch schon auf der Treppe getrunken!“

Fritz konnte nur durch einen bittenden, schwermüthigen Blick den abscheulichen Verdacht von sich ablenken; wie, um zu beweisen, wie sehr ihn ein solcher Vorwurf auch körperlich schmerzte, legte er, ordentlich zusammenknirschend, seine Rechte auf's Oerz.

Mutter Weber nahm einen herzhaften Zug, der ihren unförmlichen Körper schüttelte, wuschte sich dann mit dem Rücken ihrer breiten Hand den Mund und übergab Fritz die Flasche.

„Nun, Mutter Weber,“ sagte er, nachdem auch er einen nicht minder ergiebigen Schluck gethan hatte, „der Nordhäuser ist in Berlin doch besser, als auf den Dörfern. Aber was sagen die Karren?“

Er beugte sich neugierig über die schmierigen Blätter. „Ihr Mannsleute versteht doch nichts von der Sprache der Karren,“ sagte die Frau unwirsch, „das müßt Ihr uns schon überlassen. Bis jetzt ist noch Alles eingetroffen, was ich prophezeit habe.“

„Natürlich bis auf das, was eben nicht eingetroffen ist,“ entgegnete Fritz nicht ohne Ironie. Er beeilte sich jedoch,

sein ungläubiges Lächeln sofort verschwinden zu lassen, als Mutter Weber mit einer energisch-abweisenden Geberde die Flasche ergrieff, und dieselbe vor sich unter den Tisch stellte.

„Oho“, meinte er begütigend, „so war es ja nicht gemeint, Sie wissen doch, Frau Weber, daß ich stets der Einzige war, der fest und unweigerlich an die unumstößliche Wahrheit Ihrer Aussprüche glaubte. Also nichts für ungut. Wie steht es dann mit den neuen Geschäftsunternimmungen des Meisters, wird er Glück haben? Wie liegt die Proslarte?“

Das dicke Weib warf einen mißtrauischen Blick auf sein Gegenüber, dann holte sie langsam wieder die Flasche hervor, nahm wieder einen gehörigen Zug, schob die Flasche über den Tisch dem durstigen Klown zu, der dieselbe begierig ergrieff, und sagte dann:

„Ich werde einmal zusehen.“

Sie mischte die Karren von Neuem, und obgleich sie bereits seit längerer Zeit täglich mehrere Stunden mit Kartenlegen gerade über diesen Gegenstand verbracht, und sie jedesmal zu einem anderen Resultat gelangte, so gewahrte es ihr doch ein unendliches Vergnügen, immer und immer wieder das trügerische Dralel zu befragen. Der Klown leistete ihr stets bei diesem wichtigen Geschäft Gesellschaft, nicht etwa, weil ihm der unverstündliche Blödsinn, den Mutter Weber, namentlich wenn sie angetrunken war, zusammenfaselte, besonders interessirte, sondern weil dieselbe, da sie die Wirthschaftskasse verwaltete, beim Kartenlegen besonders freigiebig mit Nordhäuser war. Fritz hatte ebenso wie Frau Weber eine ungemessene Vorliebe für dieses Getränk, nur war er weniger unmäßig, weil er fürchtete, daß, wenn er sich einmal sinnlos betranken würde, ihn der „Meister“, wie der Direktor genannt wurde, einfach auf die Straße werfen würde.

„Erst noch einmal trinken,“ ermunterte er die Frau Direktorin, „bevor Sie mit dem Erklären anfangen, dann geht es viel besser.“

Die Frau hatte sich bereits emsig in die Karren tief, sie griff ohne aufzusehen nach der Flasche, trank derselben und reichte sie ebenso Fritz hinüber, der das Getränk wohlwollend durch seine Kehle gleiten ließ. Dann setzte er die Flasche vorsichtig nieder, und Mutter Weber nicht auf das vorzeitige Ende des Getränkes aufmerksam zu machen. Sie stierte unausgesetzt auf Fritz, nahm eine Prise und begann dann in nachdenklichen Gedanken gewöhnlichen Unsinn von einem unvermutheten Fall, der eine große Summe in das Haus bringen würde, u. s. w. herzubeten.

Fritz hörte scheinbar aufmerksam zu, und allmählich aufhörte, schlug er wie von innerer Begeisterung trieben, mit der flachen Hand auf den Tisch und schaute im Tone aufrichtiger Bewunderung:

„Das muß Ihnen der Teufel lassen, Mutter Weber, Kartenlegen macht Ihnen der Teufel nicht etwas? Wenn man Ihnen so zuhört, sollte man wirklich glauben, Sie können mehr als Brot essen.“

Mutter Weber lächelte geschmeichelt und griff die Flasche. Wohl stieg eine Wolke des Unmuths in ihrem Gemüthe, als sie bemerkte, daß der Klown sich den Rest des Inhalts derselben zu Gemüthe machte, sie konnte aber nicht gut der letzten Schlucke gegenüber ihren Jörn in Worten keinen Ausbruch thun. Sie griff daher in die Schublade und holte ein Pfennigstück aus derselben hervor. Eilfertig nahm sie selbe in Empfang und verschwand mit der Flasche.

Bald sahen die beiden wieder bei ihrer geliebten Arbeit. Die Flasche war diesmal vollständig geleert, und es dauerte nicht lange, so war sie bis zum Geleert.

Bei der Mutter Weber zeigten sich bereits die Symptome der beginnenden Trunkenheit. Sie trank ihren dicken Fingern auf dem Tisch, und summierte Melodie eines Zirkusmarsches vor sich hin. Sie hatte sich rittlings auf einen Stuhl gesetzt, die

fördernde Bestimmung Im Ansehn und Gelehrsamkeit dem oßtroyle bin ich sicher.

In genommen Anseh hatten, verlangt Bürger, aber, na und dan werden 300 M Arbeit aber d so ist bürgermeister schlossen, Reinigung, and, soll den Best

Bau Gambetta, Tongking, General, sich im treten. Eine der Auf, Brialou, Gruppe, ihr nicht meinsame

— V nicht ein diesbezügliche Vorgehen opportunistische Bereitung einem S Labat be brachte ein Weinsäckel — F Erklärung zunächst, herzustellter Mandats ausführen Die Erklärung Das Protokollspielle der versch Nahrung n sammenwi

Im nationale Eigentum der bisher und ein Ausführun selber wir diesjährige aber, da mußte von

Am 11 zufolge, de listen zu gegenüber Lour einged das Haus wurde der Augen dem davon verr — Be Schäfte zu r lungen zu etwaige E Hinderniß Strafbestis erhöht. I Pässe dem

die Lehne starrte die wahrcheinlich Sie ständig den Genuß der Frau tausendster Jahren ein sie ihrer Kosbarkeit setzt, um für ihren Schnaps plötzlich

Original-Gesellschaft, theater zur Belle tigen Gesand, war Gästen v „Frau Di Belle Debrun's G von Berlin leistungen und so ihr thätigen, in Direktor E der Ruhe zufolge, di langen.

förderung nach Panama ist sehr leicht geworden, Dank den Begünstigungen, die mir die englische Regierung gewährt hat. Im Augenblick, wo der Kanal eröffnet wird, müssen Arbeiter und Geschäftsleute bereit sein, ihn zu benutzen. Der Suezkanal bildet einen Vorgang. Die Handelsflotten der verschiedenen Länder werden sich also darauf vorbereiten müssen, von dem ozeanverbindenden Seeweg Nutzen zu ziehen. In Suez streifte das Unternehmen von Schwierigkeiten. Bei Panama bin ich nicht bloß voller Hoffnung, sondern des Erfolges sicher.

Oesterreich Ungarn.

In Wien hat die Arbeitslosigkeit schreckliche Dimensionen angenommen. Nachdem am vorigen Mittwoch bereits eine große Anzahl Arbeitsloser sich vor dem neuen Rathhause eingefunden hatten, erschienen am Donnerstag wiederum gegen 600 und verlangten Arbeit als Schneeschauer. Man sandte nach dem Bürgermeister, welcher noch sanft in Mopheus Armen lag, der aber, nachdem er geweckt worden, bald im Rathhause erschien und nach dem verfügte, daß die Arbeiter in den Bezirken verwendet werden sollen. Um 8 Uhr erschienen neue Trupps, ungefähr 300 Mann, zumeist aus den Vororten und verlangten ebenfalls Arbeit. Auch sie wurden in die Bezirke geschickt. Da nun aber die Arbeit des Schneeschauers nur kurze Zeit vorhält so ist guter Rath theuer. In einer Konferenz bei dem Oberbürgermeister wegen der herrschenden Arbeitsnoth wurde beschlossen, den beschäftigungslosen Arbeitern bei der Straßenreinigung Arbeit zuweisen. Wenn diese Arbeiten beendet sind, sollen die Armenämter in den Bezirken angewiesen werden, den beschäftigungslosen Naturalien auszuliefern.

Frankreich.

Paul Bert, der frühere Unterrichtsminister im Ministerium Gambetta, ist zum Generalkonsulenten Frankreichs in Nankin, Tongking etc. ernannt worden. Der jetzt dortselbst befindliche General Courcy wird abberufen werden. Herr Bert wird sich im Februar einschiffen und im März sein Amt antreten.

Eine Versammlung von 35 radikalen Deputirten, wobei der äußerste Flügel: Rochefort, Camelinat, Dassy und Brialou, fehlte, beschloß einstimmig die Wiederherstellung der Gruppe der äußersten Linken; wenn der äußerste Flügel sich ihr nicht anschließt, soll derselbe die wichtigsten Fragen zu gemeinsamen Beratungen eingeladen werden.

Louise Michel soll sehr ungenügend darüber sein, daß nicht eine allgemeine Amnestie stattgefunden hat. Sie soll diesbezüglich einen Protest an Greys gerichtet haben. — Dem Vorgange des Fürsten Bismarck folgend, bereitet der opportunistische Abgeordnete Jules Roche den Antrag vor, die Bereitung und den Verkauf von Spiritus in Frankreich zu einem Staatsmonopol, ähnlich dem bereits für den Tabak bestehenden, zu machen. — Der Deputirte Raillard brachte einen Amnestie-Gesetzentwurf ein, der sich auch auf die Weinschäfer erstreckt.

In der Deputirtenkammer wurde am Sonnabend eine Erklärung des neuen Ministeriums verlesen. Dieselbe betont zunächst, daß in der Verwaltung die gute Ordnung wiederherzustellen, der Klerus in der strikten Ausübung seines Mandats zu erhalten, das Gleichgewicht der Finanzen herbeizuführen und mit den entferntesten Expeditionen auszuhalten sei. Die Erklärung sagt: Keine Anleihe! Keine neuen Steuern! Das Protektorat in Tongking werde auf einfachen und wenig kostspieligen Grundlagen organisiert werden. Nach Aufhebung der verschiedenen Vorlagen für die Kammer schließt die Erklärung mit der Aufforderung zur Eintracht und zum Zusammenwirken an alle Freunde der Republik.

Italien.

Im Laufe des Monats März wird in Rom eine internationale Konferenz betreffend den Schutz des geistlichen Eigenthums stattfinden. Es handelt sich dabei um Feststellung der bisherigen Ergebnisse des s. Z. abgeschlossenen Vertrages und um einen Beschluß darüber, welche Schritte zu weiterer Ausführung derselben gethan werden sollen. Die Konvention selber wird weder in Frage gestellt, noch abgeändert. Als diesjähriger Konferenzort war ursprünglich Wien ausgetreten; aber, da Oesterreich der Konvention noch nicht beigetreten ist, mußte von dieser Stadt abgesehen werden.

Rußland.

Am russischen Sylvesterabend gelang es, der „Frankf. Btg.“ zufolge, der Petersburger Polizei, einen lange gesuchten Rihilisten zu verhaften. Die Verhaftung fand in einem Hause gegenüber dem Anischlow-Palaste statt, den der zur Neujahrsfeier eingetroffene Kaiser bewohnte. Die Polizei hatte zahlreich das Haus umstellt. Bei der Abführung des ersten Stodes wurde der Betreffende erstickt und ohne Widerstand verhaftet. Außerdem wurden noch zwölf Personen verhaftet, die Mehrzahl davon vermutlich nur als Zeugen.

Verschiedenen russischen Regierungsbehörden ist auf das Schärffte verboten worden, im Auslande irgend welche Bestellungen zu machen, welche in Russland ausgeführt werden könnten; etwaige Schwierigkeiten bei der Ausführung sollen als ein Hindernis nicht betrachtet werden. — Der Staatsrath hat die Strafbestimmungen gegen die Fälscher von Wäffeln beträchtlich erhöht. In gleicher Weise sollen auch diejenigen, welche falsche Pässe benutzen, schärfer bestraft werden. Ueberall tritt Schanz-

die Lehne desselben gestützt, sein Kinn darauf gestützt und starrte die Frau mit einem unsagbar albernem Blick, der wahrscheinlich verliebt sein sollte, an.

Sie sprachen Beide nichts, sondern überließen sich vollständig den Eingebungen ihrer Phantasie, die durch den Genuß des Schnapses bedeutend verstärkt wurden.

Frau Weber wollte ihrem Zuhörer eben vielleicht zum tausendsten Male die Geschichte erzählen, als sie vor vielen Jahren einmal in einem Zirkus aufgetreten war, wo man sie ihrer Angabe nach mit Blumen und allen möglichen Kostbarkeiten überschüttet hatte; sie hatte sich eben recht gesetzt, um mit ihrem ganzen Pathos, mehr für sich selbst als für ihren Zuhörer, der solange unermüdet war, wie der Schnaps reichlich, ihren lägehaften Bericht aufzutischen, als plötzlich schrill und scharf die Wohnungsglocke ertönte.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Alhambra-Theater. „Die beiden Harfenmädchen,“ Original-Charaktergemälde in 4 Akten von Emil Gallert, Musik von Ludwig Bugler, gelangt am Mittwoch im Alhambra-theater zur Aufführung.

Belle-Alliance-Theater. Die 25. Aufführung der prächtigen Gesangsposse „Lucinde vom Theater“, die gestern stattfand, war gleichzeitlich auch die letzte. Heute geht mit den Gästen vom Wallnertheater der Schönthaus'sche Schwank „Frau Direktor Striese“ daselbst in Szene.

Belle-Alliance-Theater. Um den vielen Berehrern Vedrum's Gelegenheit zu geben, denselben vor seinem Scheiden von Berlin noch einige Male in seinen hervorragendsten Meisterleistungen (Dr. Klaus—Ultimo—Dyphonder etc.) zu bewundern und so ihre Dankbarkeit gegen den scheidenden Künstler zu bezeugen, unterbreiten die Aufführungen des Schwanks „Frau Direktor Striese“. Herr Direktor Vedrum bedarf einige Tage der Ruhe und soll bis zum Freitag, vielleichtlich zum Samstag, die Gesangsposse „Kyris—Byris“ zur Aufführung gelangen.

nistrafte ein. Wer die Anfertigung falscher Pässe gewerbmäßig betreibt, wird unter Verlust aller Standrechte nach Sibirien deportirt oder in die Strafarrakanten-Kolonnen gesteckt.

Dänemark.

Das Urtheil in der Berg'schen Goldschmelz-Affaire fiel nach einer sechsständigen Beratung des obersten Gerichtshofes. Diese lange Beratung deutet auf eine starke Meinungsverschiedenheit unter den Richtern. Nach einem sehr bestimmt ausstreichenden Gerichte war das Resultat der schließlichen Abstimmung unter den 12 Richtern 6 gegen 6. Der Gerichtspräsident mußte darauf durch seine Stimme den Ausschlag geben. Die Linke des Frolshings hat, wie bereits telegraphisch gemeldet, vorgestern Herrn Berg eine Ovation bereitet. Nachdem Präsident Berg die Sitzung eröffnet hatte, erklärte derselbe in kurzen Worten, daß er sein Amt als Präsident niederlege. Unter dem Vorstuh Höchsbros' schritt die Kammer darauf zur Wahl eines Präsidenten, und aus der Wahlurne gingen 86 Stimmzettel hervor, von denen 71 auf Berg fielen.

Großbritannien.

Die Beredigung der Parlamentsmitglieder ging diesmal wieder nicht so glatt von statten. Wie schon telegraphisch gemeldet, wurde auch der bekannte Altheist Bradlaugh zum Eid zugelassen, trotzdem von dem Führer der Konservativen, Gladstone, und dem früheren Sprecher, Mr. Keiles, ein schriftlicher Protest gegen die Zulassung Bradlaugh's zum Eide vorlag. Der jetzige Sprecher, Mr. Peel, beantwortete den Protest folgendermaßen:

„Wir sind in einem neuen Parlament versammelt. Ich weiß nichts von den Beschlüssen des vorigen Parlaments. Dieselben sind null und nichtig und ohne rückwirkende Kraft in Bezug auf den vorliegenden Fall. Jedem Mitgliede dieses Hauses liegt die gesetzliche Verpflichtung ob, an diesen Tisch heranzutreten und den vom Gesetz vorgeschriebenen Eid abzulegen. Ich bin weder befangen noch berechtigt, irgend ein Mitglied an der Ablegung des Eides zu verhindern. Ich bin befragt worden, ob, wenn das Haus vollkommen konstitutirt ist, ein Antrag gestellt werden könnte, welcher das Vorgehen des Abgeordneten für Northampton mißbilligt; ich bin jedoch gezwungen, zu sagen, daß es in einem solchen Falle meine Pflicht sein würde, nicht zu gestatten, daß ein solcher Antrag gestellt wird. Ich bin ohne Hören zu der Schlussfolgerung gelangt, daß es weder meine Pflicht sein würde, dem ehrenwerthen Mitgliede (Bradlaugh) die Eidesablegung zu verbieten, noch zu gestatten, daß ein Antrag gestellt werde, der sich zwischen ihm und die Eidesablegung stellen würde. Das ehrenwerthe Mitglied leistet den Eid mit allen Risiken, die sich daran in einem Gerichtshof knüpfen dürften. Es ist weder meine, noch des Hauses Sache, eine Unteruchung anzustellen über die Meinungen eines Mitgliedes, wenn es an den Tisch herantritt, um den Eid abzulegen. Wenn ein Mitglied sich vorstellt, um den Eid abzulegen, bin weder ich, noch das Haus befangen, es daran zu verhindern.“ (Stürmischer Beifall der Liberalen.)

Nach dieser Meinungsäußerung des Sprechers bittet Sir Michael Hicks Beach um das Wort zur Sache. Der Sprecher verweigert ihm indeß dasselbe, weil er (Beach) selber noch nicht den Eid abgelegt habe. Es wird hierauf zur Beredigung der Mitglieder geschritten und im Laufe des Nachmittags legt auch Bradlaugh den Eid der Treue in vorschrittsmäßiger Weise ab. Im Ganzen wurden etwa 200 Mitglieder veredigt.

Australien.

Aus Australien kommen schwere Klagen über den schlechten Gang der Geschäfte und die in diesem Jahre wieder einmal ganz abnorme Dürre. Einem gegen Ende November geschriebenen Brief aus Sidney entnehmen wir folgende Stelle: „Unsere Geschäfte, welche sonst um diese Jahreszeit blühen, liegen ganz darnieder. Die Hauptursache ist die Dürre im Innern des Landes. Seit Monaten kein Regen, das Gras ist verdorrt und von der Gluthitze verbrannt, das Vieh stirbt zu Tausenden, und mancher Gutsbesitzer, der noch vor einem Jahre als ein reicher Mann galt, hat Hunderttausende verloren und ist heute ein Bettler. Unter diesen Umständen beschränkt jeder seine Einkäufe auf das Nothwendigste, theilweise freiwillig, oft aber auch gezwungen, weil Banken und Großhändler den Kredit überall verweigern. Die Folge davon ist wieder einmal die Anhäufung kolossaler Waarenlager aller Gattungen in Sidney und das Darniederliegen aller Fabrikationszweige.“

Lokales.

Die königlichen Ersatzkommissionen der Aushebungs-Bezirke Berlin erlassen folgende Bekanntmachung: „Alle diejenigen jungen Männer, welche in einem der zum Deutschen Reich gehörigen Staaten heimathberechtigt und 1) in dem Zeitraum vom 1. Januar bis einschließl. 31. Dezember 1886. geboren sind, 2) dieses Alter bereits überschritten, aber sich noch nicht bei einer Ersatz-Behörde zur Musterung gestellt, 3) sich zwar gestellt, über ihr Militärverhältniß aber noch keine endgültige Entscheidung erhalten haben und gegenwärtig innerhalb des Reichsbildes hiesiger Residenz sich aufhalten, werden, soweit sie nicht von der persönlichen Stellung in diesem Jahre entbunden sind, hierdurch auf Grund des § 23 der Ersatz-Ordnung vom 28. September 1875 angewiesen: sich, behufs ihrer Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle, in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar d. J. bei dem königlichen Polizeilieutenant ihres Rev. ers. persönlich zu melden und ihre Geburtsakten, sowie die etwaigen sonstigen Akte, welche bereits ergangene Entscheidungen über ihr Militärverhältniß enthalten, mit zur Stelle zu bringen. Für diejenigen hiesigen Militärpflichtigen, welche zur Zeit abwesend sind (auf der Reise begriffene Handlungsdiener, auf See befindliche Seeleute etc.), haben die Eltern, Vormünder, Lehr-, Brod- und Fabrikherren die Anmeldung in der vorbestimmten Zeit zu bewirken. Wer die vorgeschriebene Anmeldung versäumt, wird nach § 33 des Reichs-Militär-Gesetzes vom 2. Mai 1874 mit einer Geldbuße bis zu 30 Mark, oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft. Reklamationen sind gemäß § 1 Nr. 1 der Ersatz-Ordnung vor dem Musterungsgeschäft oder bei Belegenheit desselben anzubringen; später angebrachte Reklamationen werden nur dann berücksichtigt, wenn die Veranlassung zu denselben erst nach Beendigung des Musterungsgeschäfts entstanden ist.“

Auffindung eines Ertrunkenen. Einer der beiden am Sonntag vor acht Tagen auf der Oberspre an der sogenannten Röhreninsel Ertrunkenen ist in der Gegend der Liebesinsel aus dem Wasser gezogen worden. In dem Verunglückten ist ein Maschinenbauer Lehrling, dessen Angehörige in der Frankfurterstraße wohnen, erkannt worden. Die Leiche ist von dem Kaufmann Rothe in Rummelsburg gelandet worden, der auch die des Gefangenen-Auffeher Hachbarth'schen Kindes, welches kürzlich auf dem Rummelsburger See beim Schiffsuhlaufen verunglückte, gefunden hat. Rothe sah die Leiche am Mittwoch auf einer nicht zugestorenen Stelle auf dem Wasser treiben, schob einen Rahn vor sich her auf dem Eise bis zum offenen Wasser, wo er in denselben hineinsprang und die Leiche landete.

Das tragische Ende einer jungen Schauspielerin erregt allgemeine Theilnahme. Vor wenigen Jahren, so berichtet die „B. B. B.“, machte eine Soubrette, Fel. C., zuerst am Wallner-, dann am Kroll'schen Theater durch ihre liebliche Erscheinung Aufsehen. Von hier ging sie nach Breslau, und im letzten Sommer war sie in Köln a. Rh. engagirt. Dort hatte ein Marineoffizier ein intimes Verhältniß mit ihr ange-

knüpft. Vor einiger Zeit wurde derselbe aus dem Verbanne der Armee entlassen, sie mußte ihn erhalten, bis er sie zuletzt aus ihrer eigenen Wohnung entfernte. Vor wenig Monaten kam sie an Geist und Seele gebrochen nach Berlin. Sie wohnte hier in einem kleinen Zimmer, bis sie in der vorigen Woche wegen mangelnder Mietzahlung ermittelt wurde. Nachdem sie mehrere Tage plan- und absichtslos in Berlin umhergeirrt, kam sie am Dienstag nach dem Direktionsbureau eines Theaters in der Wallner-Theaterstraße, und zwar in einem heimmüthigen Zustande. Sofort wurde eine Kasse veranstaltet, an welcher sich das gesamte Personal betheiligte, um sie zu equipiren und einzumietzen. Das Einmieten wurde aber nur für eine Nacht erforderlich. Aus jedem ihrer Worte leuchtete nämlich Geistesabwesenheit hervor. Am nächsten Tage wurde sie von zwei Aerzten untersucht, die unheilbare Geistesstörung in Folge von Gehirnverwundung konstatarirten. Der Inspektor des betreffenden Theaters brachte sie in einer Droschke nach der Charitee.

Ueber die Organisation der städtischen Markthallen wird noch folgendes bekannt: Das Administrativ Personal in den drei jetzt im Bau begriffenen Detail-Hallen im Westen, Norden, Osten und in der Louisenstadt soll so einfach, und knapp wie möglich gestaltet werden. Als genügend wird bezeichnet, daß, wenn neben dem erforderlichen Träger- und Arbeiterpersonal, bei weitem letzterem soviel als thunlich auf solche Personen bedacht genommen wird, welche unbescholten sind und schon jetzt durch Arbeits- und Dienstleistungen auf den schon bestehenden Wochenmärkten ihren Verdienst gefunden haben, die Stelle eines Inspektors und eines bis zwei Vertreter und Gehilfen des Inspektors besetzt wird. Der Inspektor soll die gesammte innere Ordnung, Instandhaltung und Reinhaltung der Markthalle überwachen und ist für dieselbe verantwortlich. Er hat die Korrespondenzen mit Behörden und Privatpersonen zu führen. Sein Vertreter soll den Inspektor in allen diesen Geschäften unterstützen, das Träger- und Arbeiterpersonal besonders überwachen. Nimmt man an, daß die Detailhallen bereits etwa von 2 oder 3 Uhr früh ab Zufuhren erhalten, der Dienst in denselben aber etwa bis 7 oder 8 Uhr Abends dauern wird, so ergibt dies 17—18 Stunden Dienstes, mit 3—4 Stunden Nachdienst. Die Vertheilung desselben erfordert gegenseitige Ablösung durch zwei Personen. Wesentlich anders und nicht so einfach liegen die Verhältnisse bei der Central-Markthalle. Der Dienst in dieser wird wesentlich verschieden von demjenigen der übrigen Detailhallen zu ordnen sein. Neben dem Leiter des Markthallenwesens begm. dem Direktor der Centralmarkthalle, Herrn Daumwig wird bei dem voraussichtlich großen Umfang der Geschäfte in dieser Halle die Anstellung von mindestens 2 Assistenten erforderlich sein. Auch wird die Anstellung eines Kassiers zur Vereinnahmung der verschiedenen Gebühren sowie eines Sekretärs für die in dieser Halle erforderlichen Korrespondenzen nicht zu umgehen sein. In der Annahme, daß es — Unvorhergesehenes ausgenommen — möglich sein wird, die in Rede stehenden vier Markthallen am 1. April d. J. zu eröffnen, wird es für erforderlich gehalten, daß der Direktor des Markthallenwesens bereits am 1. Februar vom Reichs-Markthallen-Direktorium beurlaubt und in seine neue Stelle kommittirt werde; ebenso, daß spätestens 15. Februar hinsichtlich aller übrigen Stellen die nöthige Entscheidung vom Kuratorium getroffen werde und die designirten Inspektoren und Assistenten demnächst sobald als möglich auf ihre Posten treten, um den Dienst vorzubereiten. Dasselbe gilt von der künftigen Einberufung des Unterpersonals, wenn auch hier ein späterer Eintritt und vielleicht nur 14 Tage vor Eröffnung der Markthallen ausreichen wird.

R. Wenn es auch noch so praktisch ist. Schubwert nach englischer Façon zu tragen, so wird doch, namentlich von unseren Damen, diese Mode nicht kultivirt, sie ziehen es lieber vor, Schuhe mit möglichst hohen und spitzen Haken, welche in der Mitte des Fußes sitzen, damit der Fuß recht klein erscheint, zu tragen, obwohl diese Fußbedeckung gefährlich und gesundheitswidrig ist. Ein Opfer dieser Modesthorheit wurde Freitag Vormittag Fräulein Ulrich, Chausseestr. 3. Die junge Dame, welche in einem Nähmaschinen-Geschäft angestellt ist, gerieth beim Abpringen von der Pferdebahn in der Potsdamerstraße mit ihrem spitzen Absatz in das Geleise; durch die Schwere des Körpers wurde der spitze Stöckel zwischen den Schienen fest eingeklemmt, Fel. U. verlor das Gleichgewicht, kam zum Fall nach seitwärts und brach, da der rechte Fuß fest eingeklemmt war, den Knöchel. Fel. U. wurde vor Schmerz ohnmächtig in eine Droschke getragen und dann nach der Charitee gefahren.

Ueber einen als Manuscript gedruckten Eintheilungsplan der zoologischen Abtheilung des Märkischen Museums, welcher bezweckt, Fremde und Gönner des Museums anzuregen, durch Mittheilung der Fundorte von selteneren Arten, durch Berichtigungen etc. die Verbreitung und Lebensweise der Thiere unserer engeren Heimath zu fördern, berichtet die „Bos. Zeitung“ folgendes: „Schon jetzt zeigt ein Blick in die Broschüren, wie reich unsere Berliner Fauna an eigenthümlichen Thiergestalten ist. Der Seebund wurde an den Bellen in der Unterpree beobachtet, wilde Kaninchen besiedeln die Sandhügel der Stadttheile Gesundbrunnen, Wedding und Moabit. Die seit Mitte des vorigen Jahrhunderts durch die aus Asien eingewanderte graue Wanderratte verdrängte schwarze Hausratte kommt in Berlin selbst noch hier und da vor, was ein junges Buch Dr. Otto Reinhardt dem Märkischen Museum 1880 übergebenes Exemplar beweist. Die Fischotter ist in Berlin gemein und läßt ihr den Fischen überaus schädliches Handwerk ungescheut in dem zwischen der kleinen und Kurfürsten-Brücke gelegenen Spreearme. Fuchsbauten kommen selbst im Weichbilde Berlins, s. B. rechts und links der Müllerstraße, vor, nicht weniger als 12 Fledermausarten sind im Thiergarten nachgewiesen worden. Ebenso kühnliche Ergebnisse zeigt die Liste der einheimischen Fische; der Stör ist an der Kurfürstenbrücke einmal angetroffen worden, Forellen wurden einige Wochen hindurch im Jahre 1874 am Mühlendamm beobachtet und gefangen. Von Lurden und Krustthieren weiß Berlin und seine Umgebung 21 Arten auf. Der Zufall will es, daß gerade in diesem Augenblicke unsere Provinz, speziell die nächste Umgebung Berlins, die Augen der Forscher und Sammler auf sich zieht, weil hier innerhalb ganz Deutschlands und selbst für einen großen Theil von Europa die einzige Dorschleiche ist, wo nicht weniger als vier Froscharten vorkommen; ja der größte aller europäischen Fische, welcher bis über 1/2 Pfund schwer gefangen wird, der Seefrosch, ist bis jetzt nur von Berlin bekannt. Kreuzottern sind bei Johannishal häufig, Ringelnattern waren bis in die neueste Zeit in Berlin nicht selten, die prachtvolle grüne Eidechse ist leider in den Räderdorfer Kalkbergen fast ganz ausgerottet, die Sumpfschildkröte ist aus vielen Seen der Umgegend, wie dem Tegeler See, bei Tempelhof, bei Babelsberg, auf dem Müggelsee etc. bekannt. Schon in früheren Jahren liegen sie ab und zu auf den breiten Flächen der Unterpree bei der Markschallsbrücke zu sehen. Jetzt haben sich seit einigen Wochen diese eleganten Seeschilder als feste Wintergäste eingefunden und leben ohne Scheu ihre Flug- und Schwimmkünste auf der Spree zwischen der Friedrichsbrücke und den Mühlent. wo man sie auch häufig auf den Mühlent. der Fischläden sitzend sehen kann. Ihre Niststellen, die sie auf flachen Erde anzulegen pflegen, scheinen sie in den Ruinen des „neuen Dom“ zu haben. Berlin-Schwärmer prognostizieren daraus viel leicht schon auf „Berlin als SeeStadt“; Bestimmungen werden in ihnen „Sturmoder“ sehen. — Freunde unserer Thierwelt werden sich ein Verdienst erwerben, wenn sie ihre Beobachtungen und Erfahrungen über das Leben und Treiben unserer märkischen Thierwelt zur Verfügung stellen, damit so das Material

zu einer vollständigen Naturgeschichte unserer Heimath zusammengebracht werden kann.

Zu den regelmäßig wiederkehrenden Wintergästen Berlin gehören zwei Vögel, die sonst gesittetlich das Treiben der Stadt meiden, die Hausenlerche und die Sturmschneise. Erstere nistet sich unter die Speltinge, wird von diesen wohl gelitten und läuft auf den belebtesten Straßen zwischen den Spargen geschäftig umher. Meistens verrät sie sich durch einen eigentümlichen weißlich schallenden Ruf und durch blitzschnelles Laufen, während ihre Wirtin unbekanntlich hüpft. Als Gesellschaftlicher der Schwäne zeigen sich auf der Spree zwischen der Marshall- und Friedrichs-Brücke eine Anzahl Sturmschneisen. Auch diese Vögel haben sich an die Großstadt vollständig gewöhnt, kommen nahe an die auf den Brücken versammelten und ihren Flug beobachtenden Menschen heran und ergötzen diese durch ihre Kunst. In reizendem Spiel führen sie mehrere Runden auf ein in das Wasser geworfenes Stück Semmel, das sie entweder mit in die Luft nehmen oder schwimmend verzehren. Bemerkenswerth erscheint, wie die „Nat.-Bzg.“ schreibt, daß die gefiederten Gäste alle Scheu vor den Stadtbahnzügen, welche über sie hinweglaufen, verloren haben.

r. Ueber alles Mögliche schreiben die Zeitungen, bloß nicht über diesen verwünschten Baum! so schimpfte am Sonntag Vormittag ein korpulenter Herr, der beim Durchdringen zwischen dem Eisengitter der Schleifschiff-Brücke und dem Holzsaum, der den Eingang zum Gölziger Ufer dort absperrt, hängen geblieben war, und einige Mühe hatte, wieder auf den Boden zu gelangen. Berechtigt ist diese Klage ja; aber diese ganze Gegend mit ihren Uebelständen ist so vielfach Gegenstand der Erörterung in der Presse gewesen, daß man ohne die Gefahr, langweilig zu werden, nicht immer wieder darauf zurückkommen konnte. Seit Monaten ist die Uferbefestigung dort fertiggestellt; während der Arbeiten wurde die Passage abgesperrt durch jenen Baum, den man zu beseitigen vergessen zu haben scheint. Wer von der Gölziger Bahn her kommt, findet die Passage plötzlich mit Brettern vernagelt und muß zu halbbrecherischen Kunststücken seine Zuflucht nehmen, wenn er nicht umkehren und einen zeitraubenden Umweg von mindestens 15 Minuten machen will. Unter den zahlreichen Spaziergängern am Sonntag sah man daher viele, welche über den veralteten „Eintritt verboten“ müthig hinwegpöhlten.

r. Die Militär-Arrestanten-Transporte in unseren Straßen dauern noch immer in der alten, so vielfach Anstoß erregenden Weise fort, trotzdem bereits vor einem Jahre der Herr Kriegsminister im Reichstage erklärt hat, darauf Bedacht nehmen zu wollen, daß auch in diesem Stadium der militärischen Strafgerichtsbarkeit die Öffentlichkeit des Verfahrens abgestellt werde. In letzterer Zeit aber wollen die Adjutanten des „Vater Philipp“, wie das Militär-Arrestgebäude in der Lindenstraße im Volksmunde heißt, nun noch eine Beobachtung gemacht haben, die, wenn sie sich als richtig erweist, doch auf weitere Beachtung Anspruch haben dürfte. Danach sollen die Einlieferungen von Militär-Arrestanten, die ja meistens nur Strafen von wenigen Tagen, ja oft nur nach Stunden bemessene Strafen zu verbüßen haben, besonders zahlreich an dem Abend des Sonnabends stattfinden und ganz auffallend zahlreich sollen diese Einlieferungen am Weihnachtsheiligabend und Sylvestertag stattgefunden haben. — Ganz abgesehen vom Standpunkte der militärischen Disziplin, würde dies Verfahren von einem anderen Gesichtspunkte aus bemerkenswerth sein. Im Reichstage haben die Herren vom Zentrum mit ihrer Forderung zu Gunsten der Sonntagsruhe und im Interesse der Seelsorgen, sowie auch bei anderen Gelegenheiten, stets ein sehr bereitwilliges Entgegenkommen des Herrn Kriegsministers gefunden. Wenn aber die Einlieferung zur Verbüßung kurzweiliger Strafen an solchen, den Sonn- und Feiertagen vorhergehenden Tagen etwa auf Abstoß beruhen und als gewollte Strafschärfung zu betrachten sein sollte, so scheint es nach dem Ange deuteten doch mindestens zweifelhaft, ob diese Verfahren den Absichten des Kriegsministers entspricht. Diese Absicht im Wege der Beschwerde anlässlich eines Einzelfalles zu ermitteln, dürfte kaum ein aktiver Soldat bereit sein. Vielleicht führt die öffentliche Erörterung dieser Angelegenheit zu dem gewünschten Resultat.

Das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater hat seinen künstlerischen Bestand (vornehmlich mit Rücksicht auf die Belle-Alliance-Stationen) neuerdings vermehrt. Karl Swoboda kehrt vom 1. Februar wieder an das Institut zurück, welches sein Renommee begründet hat; auch Fräulein Leonoline Körner, zur Zeit Primadonna des Hamburger Carl-Schulze-Theaters, tritt Ende März wieder in den Verband des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters, dem sie zur Zeit des „Lustigen Krieges“ als hübschere und elegante „Bioletta“ angehört hat. Die Vorbereitungen zur Belle-Alliance-Theater-Saison können um so energischer betrieben werden, als im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater „Rafasola“ mit einem vollen Hause ihre zweite Repertoirewoche eröffnete, und eine ansehnliche Zahl von Reprisen dieser Operette in Aussicht steht. Das durchweg anständige Sujet ermöglicht es, auch Töchtern den Besuch von „Rafasola“ zu gestatten.

Eine Verordnung wider den Aufwand. Wie groß im 14. Jahrhundert in der Mark die herrschende Ueppigkeit und Schwelgerei sein mußte, geht aus einer vom Rathe zu Berlin im Jahre 1355 erlassenen Verordnung hervor, worin es heißt, daß bei gemeinen Bürgerhochzeiten nicht mehr als vierzig Schüsseln und auf jede Schüssel nicht mehr als zwei Personen, als nicht mehr als achtzig Gäste geladen, den Gästen nicht über zehn Schüsseln und den erlaubten sechs Spielzeugen nicht über drei vorgesetzt werden sollten.

Wasserstand der Spree in der Woche vom 3. bis 9. Januar 1886. (Angabe in Metern.)

Tage	3./1.	4./1.	5./1.	6./1.	7./1.	8./1.	9./1.
Am Oberbaum	2,63	2,64	2,62	2,61	2,61	2,61	2,58
Dammühle, Oberwasser	2,55	2,58	2,56	2,53	2,52	2,55	2,51
Dammühle, Unterwasser	—	1,26	1,33	1,35	1,30	1,33	1,32

Polizeibericht. Am 16. d. M. Vormittags wurde der Arbeiter Ulrich bewußlos auf dem Fluß des Hauses Christinenstraße Nr. 15 liegend aufgefunden und zur Polizeiwache gebracht. Nach dem Befund des herbeigerufenen Arztes war jedoch der Tod, wahrscheinlich in Folge eines Herzschlages, bereits eingetreten. Die Leiche wurde nach dem Obduktionsaufhause gebracht. — Am denselben Tage Nachmittags wurde auf dem Hausfluß Alexandrinenstraße Nr. 15 ein etwa 12-14 Jahre altes Mädchen krank und bewußlos aufgefunden und mittelst Droschke nach dem Krankenhaus gebracht. — Am Abend desselben Tages erschoss sich ein junger Mann in seiner in der Steuersonstraße belegenen Wohnung mittelst eines Revolvers. — In der Nacht vom 17. ds. Mts. wurde der Arbeiter Baum bei einer Ballgesellschaft in dem Restaurant von Bass, Große Frankfurterstraße Nr. 30, plötzlich vom Unwohlsein befallen und sollte mittelst Droschke nach dem Krankenhaus im Friedrichshain gebracht werden, verstarb jedoch schon auf dem Wege dorthin am Herzschlag. — Am 17. d. M. Nachmittags fiel ein 12 Jahre alter Knabe beim Schlittschuhlaufen auf den Eis und erlitt dabei bedeutende Verletzungen am Kinn, Mund und über dem rechten Auge, so daß sofort ein Verband angelegt werden mußte. — Einige Zeit später wurde ein Herr, als er in der Augusta-Apothek-Einkaufe besorgen wollte, plötzlich vom Schlag betroffen und verfiel auf der Stelle. Die Leiche wurde durch Angehörige nach der Wohnung geschafft. — In der Nacht zum 18. d. M. wurde

ein Schutzwann zur Schlichtung eines Streites in das Handels-Tanzlokal, Invalidenstr. 1, gerufen und dort thätlich angegriffen, wobei ihm ein Grenadier vom 2. Garde-Regiment zu Hilfe eilte. Letzterer mußte ebenfalls sein Seitengewehr ziehen und verlegte dann den Arbeiter Willmanns durch einen Säbelhieb an der Stirn, so daß dieser auf der Wache des 46. Polizeiregiments durch einen Arzt verbunden werden mußte.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Der Verband der Möbelpolier erläßt folgenden Aufruf: Möbelpolier! Die Arbeitseinstellung der Polier in der Genossenschaft „Selbsthilfe“ ist beendet und zwar zu unsern Gunsten. Der Sachverhalt ist in Kürze folgender. In der ersten Versammlung des Verbands der Möbelpolier Berlins und Umgegend am 9. d. M. kam zur Sprache, daß die Leiter der Genossenschaft „Selbsthilfe“, Fruchtsir. 65, dem dortigen Unternehmer der Polierarbeit einen zehnprozentigen Abzug gemacht haben und dieselben derselbe nicht mehr im Stande ist, den in unserem Beruf üblichen Lohn von 22,50 M. zu zahlen. Der Unternehmer erklärte seinen Gehilfen am 4. d. M., nur noch 20 M. Lohn geben zu können; dieselben arbeiteten bis zum 9. d. M. für diesen Lohn und fragten nun die Versammlung, wie sie sich zu verhalten hätten. Nach kurzer Diskussion wurde ein Antrag mit Zustimmung der in der Genossenschaft beschäftigten Polier angenommen, die Sperrre über die Genossenschaft „Selbsthilfe“ zu verhängen, bis dieselbe den alten Preis wieder zahle. Die Ausführung des Antrages ist bekannt. Am Montag und Dienstag gingen zwei Mitglieder des Vorstandes respektive der Kommission des Verbands nach der Genossenschaft, um zu versuchen, die Sache auszugleichen, jedoch kam man noch nicht zu einem festen Resultat; am Mittwoch aber nahm man die 10 pCt. Abzug zurück und die Gehilfen traten wieder zu dem alten Lohn von 22,50 M. in Arbeit. Dies ist in Kürze der Bericht. Hier, Kollegen, sehen wir wieder, was es ausmacht, wenn die Arbeiter organisiert sind. Man glaubte, dort die Organisation der Tischler sei zerfallen; man wollte erst mit den Möbelpolier einen Anfang machen und dann wären die Tischler herangekommen, und so würde dann die endlose Kette der Lohnreduktionen gar kein Ende erreicht haben. Wenn nun noch nicht klar ist, daß jeder Beruf fest organisiert sein muß, dem wird es nie klar werden, es sei denn, er läme in die Lage, wie die Polier der Genossenschaft „Selbsthilfe“. Der Verband der Möbelpolier hat sich schon bei seiner ersten Versammlung am 9. d. M. bewährt und wird es auch ferner thun, darum muß sich auch jeder Möbelpolier dem Verbands angeschlossen. Ein Branchenunterschied existiert in demselben nicht. Die ausführliche Berichtserstattung über diese Arbeitseinstellung findet in der nächsten Verbandsversammlung am 25. Januar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Bellin, Brunnenstraße 34, statt, wo gleichzeitig die Statutenbücher vorausgibt werden. Erscheine jeder Möbelpolier zu dieser Versammlung und lasse sich als Mitglied aufnehmen. In dieser Versammlung wird es Feden klar werden, wie notwendig die Vereinigung aller Möbelpolier ist.

In Leipzig droht ein neuer Streik. Die Feilenbauergesellen haben einen neuen Tarif beschloffen, nach welchem die gegenwärtige 12stündige Arbeitszeit auf eine 10stündige herabgesetzt und eine Erhöhung des Lohnes um 20 pCt. verlangt wird. Die gegenwärtigen Lohnverhältnisse bei den Feilenbauern sind auch völlig ungenügend, da bei aufreibender Arbeit nur ein Mittelverdienst von 14-15 Mark pro Woche erzielt wird.

Im Harze sind die Erwerbsverhältnisse recht traurige. Der durchschnittliche Tageslohn eines erwachsenen männlichen Landarbeiters beträgt eine Mark, der eines Eisenbahnarbeiters bei 12stündiger schwerer Arbeit 1 M. 90 Pf. und der eines Formers in den fiskalischen Eisenwerken 1 M. 50 Pf. bis 1 M. 80 Pf.

Die Handschuhmacher in Weimar verlangen eine Lohnerhöhung von 12-15 pCt. Wenn die Fabrikanten nicht auf diese Forderung eingehen, so soll unverzüglich die Arbeit eingestellt werden.

Die Roth in Wien ist gegenwärtig besonders groß. Täglich gehen hunderte von Arbeitern vor das Rathhaus und verlangen Arbeit. Bis jetzt wurden viele Arbeiter mit Schneeschaukeln beschäftigt. Was nun aber werden soll, weiß man nicht. Die Geschäfte gehen schlecht, das Baugewerbe liegt im Winter brach. Arbeit ist in der That nicht vorhanden — der Hunger und die Kälte haben dagegen Einzug gehalten in die leidlichleibige Hauptstadt an der blauen Donau.

Aus Philadelphia wird gemeldet, daß die Thomsons'schen Stahlwerke in Pittsburg in Folge eines Streiks der Feuerarbeiter geschlossen worden sind; 3000 Arbeiter sind dadurch beschäftigungslos geworden.

Ein großer Zigarrenarbeiterstreik ist in L e m e s v a r ausgebrochen. Gegen 3000 Zigarrenarbeiter und Wickelmacherinnen haben die Arbeit eingestellt.

Die Anhänger unserer überseeischen Kolonialpolitik suchen die wirtschaftliche Bedeutung derselben mit dem Hinblick auf die Geschäfte, welche England mit seinen Kolonien sichtlich abschließt, zu beweisen. Das ist geradezu naiv. Indien, Kanada und das Kapland zu vergleichen mit Angola, Bequena und Kamerun! Wenn dann mitgeteilt wird, daß Indien in einem Jahre für 2 1/2 Millionen Pfund Sterling Eisen aus England bezog, und man daran die Bemerkung knüpft, daß „angeichts solcher Erfahrungstatsachen die Opposition nur Hohn, Spott und Mißachtung für die Inaugurierung einer selbstständigen Kolonialpolitik des Reiches habe“, so ist das mehr als naiv, so ist das lächerlich. Haben denn die Kolonialschwärmer keine Augen zu sehen, keine Ohren zu hören? Die in den Säug-Deutschlands genommenen Fieberkolonien werden nicht mehr als den deutschen Export auch nur in geringem Maße haben. Solche Vergleiche mit den alten Kolonisationsländern haben nicht den geringsten Werth und da die Deutschen nun einmal bei der Theilung der Welt zu spät gekommen sind, sollten sie sich bescheiden und ihre ganze Kraft auf die Kolonisation im Innern werfen, das heißt, auf die Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch gesunde Sozialreformen.

Die fremdgeborenen Einwohner in Nordamerika betragen 20,09 pCt. der Bevölkerung und vertheilen sich auf die verschiedenen Erwerbszweige folgendermaßen: im Ackerbau: 89,20 pCt. Eingeborene und 10,80 pCt. Fremdgeborene; in den Handwerken und persönlichen Dienstleistungen 75,52 pCt. Eingeborene und 24,48 pCt. Fremdgeborene, im Handel und Transport 74,67 pCt. Eingeborene und 25,33 pCt. Fremdgeborene, in Manufaktur, mechanischen Gewerben und Bergwerken 68,05 pCt. Eingeborene und 31,95 pCt. Fremdgeborene. Hiernach sind die Eingewanderten im Handwerk und in den persönlichen Diensten, in dem Verkehr und dem Fabrikbetrieb wohl bis dreimal so stark vertreten als in der Landwirtschaft. Das ist an sich nicht anders zu erwarten, da die Einwanderer der Mehrzahl nach ohne Kapital sind; diese Thatsache wird sich eher steigern, nachdem das Freiland bald vollends okkupirt sein und wenn mit der Grundrente der Bodenankaufswert sich steigern wird. — Die folgenden Uebersichten zeigen, daß die Einwanderer aus Deutschland hauptsächlich angehören: der Bäckerei (65 Prozent der fremdgeborenen Bäcker sind Deutsche), dem Schreinerhandwerk (63 Prozent), dem Fleischerhandwerk (62 Prozent), dem Schmiedehandwerk, dem Räderhandwerk u. s. w. Weiter ergibt sich, daß die in Deutschland geborenen Einwanderer gewerblichen Berufes außer Maryland (Baltimore) und Texas mit besonderer Vorliebe die Nordmittellstaaten im oberen Mississippibecken aufsuchen, wie das auch die bayerischen Einwanderer aus Deutschland mit Vorliebe thun. Andere Nationalitäten verhalten sich

hierin anders; auf 5 deutsche Fleischer kommt ein irischer, 12 deutsche Tischler 1 irischer, auf 14 deutsche Zigarrenarbeiter 1 irischer, dagegen auf 1 deutschen Baumwollen-Industriellen 10 irischer. Die Iren sind daher auch weit stärker in den englandstaaten hängen geblieben. Mit Vorliebe wohnen die Deutschen nach den Städten Baltimore, Buffalo, Cincinnati, Louisville, Milwaukee, St. Louis, Chicago hin.

Vereine und Versammlungen.

Fachverein der Tischler. Dienstag, den 19. Jan. Abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung, Neue Gröndel-Tagesordnung: 1. Kaschenbericht pro viertes Quartal. 2. Bericht des Bibliothekars, des Schriftführers, der Ausschüsse und Arbeitsvermittler. 3. Angelegenheit des Vizepräsidenten. 4. Antrag der Arbeitsvermittler. 5. Sachverhalt des Vorstandes, der Arbeitsvermittlungskommission, des Antrags-Komitees und der Fachkommission. 6. Antrag. 7. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Fachverein der Fußer. Mittwoch, den 20. Jan. Abends 8 1/2 Uhr, Mittalder-Versammlung in Salon, Inselfir. 10. Tagesordnung: Vortrag des Dr. S t a h n über „Die Unvollkommenheit in der Erziehung der Menschen.“ 2. Vereinsangelegenheiten.

Bezirksverein des werththätigen Volkes der Hausherrn Vorstadt. Dienstag, den 19. d. Mts. Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung Brenglauer Allee 195, Ecke Danksing-Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Michelsen. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten. Gäste willkommen. Neuzuglieder werden aufgenommen.

Arbeiter-Bezirksverein für den Osten Berlin. Dienstag, den 19. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung in Keller's Lokal, Androssstraße 21. Tagesordnung: 1. Kaschenbericht. 2. Bericht über die Thätigkeit des Vereines verfloffenen Jahre. 3. Wahl des gesammten Vorstandes. 4. Verschiedenes. 5. Fragelasten. Nur Mitglieder haben das Recht, neue Mitglieder werden aufgenommen. — Die Mitglieder für das Jahr 1886 können in Empfang genommen werden. Bilette zu Bräuser's Museum, welche zum Eintritt in halben Rassenpreis berechtigen, sind in der Versammlung käuflich zu haben.

Konienstädtischer Bezirksverein „Vorwärts“. Dienstag, den 19. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Marquardt, Alexanderstr. 110. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Kommissoren. 3. Verschiedenes und Fragelasten. — Gäste, welche als Mitglieder aufnehmen lassen, haben Zutritt.

Dresden, 14. Januar. Gestern Abend fand in der „Centralhalle“ eine von mindestens 1500 Personen besuchte Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand der Referent fungierte gegen die Dresdener Ortskrankenkasse und die Referent fungierte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Max Kayser. Redner fand es vom Rechtsstandpunkte aus sehr bedauerlich, daß in zwei Berichten auf dem von den freien Hilfsklassen besetzten Klagenweg gegen die Ortskrankenkasse total verschiedene Meinungen seien. Denn während das Amtsgericht ein weites Prüfungsrecht der Aufsichtsbehörde — im vorliegenden Falle dem Dresdener Stadtrath — gegen die frühere Entscheidung der Hilfsklassen und Genehmigung seitens der Verwaltungsbehörde zuerkannte und damit die betheiligten Hilfsklassenmitglieder zur Ortskrankenkasse delogirt hielt, hielt das königl. Landgericht die Forderung der Ortskrankenkasse für unbegründet und fand die frühere Genehmigung der Statuten seitens der oberen Verwaltungsbehörde als Senats zu Hamburg — als bindend. Es sei diese Entscheidung in Abnung, in Zukunft die Besetze noch gründlicher zu arbeiten, als dies bisher geschehen, und auch aus dem mangelnden derartige Prozesse bedauert werden, was im Falle die Arbeiter für die Kosten aufzukommen. Schließlich gelangte eine Resolution des Inhalts, den Senat zu ersuchen, die entsprechenden Bestimmungen des Versicherungsgesetzes mit in das Krankenlaffengesetz aufzunehmen resp. für Errichtung einer Centralstelle als Schiedsgericht Streitigkeiten zwischen den freien Hilfsklassen und Ortskrankenkassen zu petition, zur Annahme.

Kleine Mittheilungen.

Wien, 15. Januar. Die Ansammlungen vor dem Hause. Heute Mittags findet beim Oberbürgermeister eine Konferenz statt, zu welcher der Magistratsdirektor, der Strafenreferent Nath Tachau, der Armenreferent Rath Busch, Baudirektor Berger eingeladen sind. Die Konferenz ist, die Maßregeln zu beraten, die angewendet werden sollen, um beschäftigungslosen Wiener Arbeitern den Fall, daß bei der Strafreinigung keine Verwendung für sie mehr gefunden werde, Arbeit oder zeitweilige Verfügung zu bieten. Hoffentlich wird diese humane auch die Vorortgemeinden veranlassen, in ähnlicher Weise ihrer bedürftigen Gemeindeglieder anzunehmen und selbst wenigstens für einige Tage Arbeit zu geben. Morgens um halb 8 Uhr meldeten sich trotz der vorgelagerten Abmahnung circa 150 Arbeiter im Rathhaus zur Beschäftigung bei der Strafreinigung. Da vom Bezirke 50 und vom sechsten Bezirke 80 Arbeiter gefunden wurden, konnten fast sämtliche Leute sofort Verwendung finden.

Märzburg, 12. Januar. Vom Militärbezirk wurden heute drei Sanitätskolonnen zu acht, sechs und vier Monaten Gefängnisstrafe wegen erschwerter Körperverletzung und Mißbrauchs der Waffe verurtheilt. Es war dies der Fall am Kaisers-Geburtsstag 1885 Abends auf dem Hofe von Höchberg verschiedene schwer angetrunkene Sanitätskolonne ergriffen hatten. Eines ihrer Opfer war ein barmherziger Hühnerknaben des Weges kommender hiesiger Maschinenmeister Remel geworden, der Liebe über den Arm bekam; ein anderes war der hiesige Schirmfabrikant, der eine ernsthafte Kpfrunde erhielt, in den Graben oder geworfen wurde und dabei den Fuß brach, woran er heute laborirt. Eine Civil Entschädigungsforderung von 1000 Mark wurde auf den Justizrechtsweg verwiesen.

Brüssel, 11. Januar. Eine große Feuerung in Gebiete des weiblichen Unterrichtswesens, über dessen Ausdehnung in der letzten Zeit wiederholt und mit Recht geführt worden sind, ist durch einen Beschluß unter dem Namen als obligatorischer Unterrichtgegenstand für Mädchen in kommunal-schulischen eingeführt werden. Ein theoretischer und praktischer Kursus sind in Aussicht genommen; besonders wichtig soll auf genaue Erörterung und Darlegung der des Einlaufens gelegt werden. Auch die Kenntnis des weiblichen der zur Zubereitung der Speisen erforderlichen Kenntnisse, wie der verschiedenen Fleischsorten wird einen Bestand bilden; desgleichen soll auch die häusliche Führung für Markt und Küche gelehrt werden. Die Unterricht wird gleichzeitig für die höheren Mädchenschulen eingeführt; für die Höheren derselben ist die Küche im Lehrerbinnen-Seminar zu praktischen Uebungen hergerichtet und es wird daselbst auch die sog. „feine Küche“ gelehrt werden.

Essen a. d. Ruhr, 14. Januar. Die „Arbeiter-Zeitung“ meldet, daß auf der Beche „Neue“ bei Langendreer gestern früh eine Explosion schlagender stattgefunden habe und dadurch vier Vergleute getödtet, schwer und zwei leicht verwundet worden seien.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung vom 18. Januar, 1 Uhr.

Am Tisch des Bundesrates v. Stephan und Kommissarien.

Zur zweiten Beratung steht heute der Etat der Post- und Telegraphenverwaltung. (Referent Abg. Bärlein.)

Zu Kap. 3 der Ausgaben, Titel 1 Gehalt des Staatssekretärs 24 000 M., verlangt das Wort Abg. Gamp (Lons.) Die missverständliche Auffassung, welche meine Bemerkungen zum Postetat in der ersten Lesung sowohl in diesem Hause, von Seiten des Herrn Staatssekretärs, wie auch außerhalb desselben in der Presse gefunden haben, nöthigen mich, den prinzipiellen Standpunkt meiner Freunde darzulegen. Ich hätte allerdings erwartet, daß eine Partei, die in der sorgsamsten Pflege und Förderung aller Verkehrsinteressen ihre besondere Aufgabe erblickt, und alle Bestrebungen, den Verkehr auf allen Gebieten zu heben, gern und energisch unterstützt hat und unterstützt, vor dem Vorwurf, berechnete Verkehrsinteressen zu schädigen, unbedingt sicher gestellt sein sollte, und wenn der Herr Staatssekretär nur einen geringen Theil des Wohlwollens, das er für seine Vorlagen von uns wünscht und bis jetzt stets gefunden hat und finden wird, uns entgegengebracht hätte, so würde eine solche missverständliche Auffassung nicht haben Platz greifen dürfen. Ebenso hätte es seiner Verwahrung gegen die Verkennung der Leistungen der Post nicht bedurft. Kann ich diese Leistungen auch nicht mit so berechneten Worten schildern, wie er es bei der ersten Lesung gethan hat, so kann ich doch konstatiren, daß in der Anerkennung der hervorragenden Leistungen unserer Postverwaltung und seines großen Antheils an diesen Leistungen meine politischen Freunde (die Reichspartei) von keiner Partei übertroffen wird. Aber diese unbedingte Anerkennung konnte uns nicht hindern, die wichtige prinzipielle Frage, wie es mit den finanziellen Erträgen der Post steht, insbesondere wie sie sich stellen, wenn die Leistungen der Eisenbahnverwaltung in Rechnung gestellt werden, hier zur Erörterung zu bringen. Es ist eine Ermäßigung der Stückausgaben für viele Transporte, sowie der Tarife für Düngefabrikate angeregt worden. Es kommt ferner in Frage die namentlich von dem landwirthschaftlichen Kreise der östlichen Provinzen gewünschte Ermäßigung für Getreideversandungen von Oden nach dem Westen; es wird jetzt gerade an die preussische Eisenbahnverwaltung die wichtige Frage einer Ermäßigung der Ausnahmetarife für westfälische Kohle, um der englischen heranzutreten. Meine politischen Freunde wünschen eine eingehende und sorgfältige Prüfung, um ein lares Bild zu bekommen, wie sich der Postetat gestalten würde, wenn diese finanziellen Leistungen der Eisenbahnen in Berücksichtigung gezogen würden. Ich kann nicht sagen, daß durch die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs eine größere Klarheit in diese Verhältnisse gekommen ist. Der Herr Staatssekretär hat einen erheblichen Ueberschuß der Postverwaltung herausgerechnet. Er sagt: zu dem Ueberschuß, wie er sich nach Lage des Etats auf 23 1/2 Millionen stellt, treten eigentlich eine ganze Masse Ausgaben, die die Post gemacht hätte, Wohnungsgeldzuschüsse, Beamtenvermehrung, Gehaltsverhöhungen, portofreie Beförderung der Reichskorrespondenz, Aufhebung des Landbriefbestellgeldes. Der Herr Staatssekretär wird mir darin Recht geben müssen, daß, wenn man die finanziellen Betriebsergebnisse einer Verwaltung einer Beurtheilung unterziehen will, man unumgänglich diese notwendigen und nützlichen Ausgaben gewissermaßen in ihr Kredit schreiben kann; diese Ausgaben, wie Wohnungsgeldzuschüsse, Gehaltsverhöhungen, Vermehrung der etatsmäßigen Stellen, Wittwen- und Waisenfürsorge sind ja keineswegs der Postverwaltung gegen ihren Willen strotzt worden, sondern die Postverwaltung — und wir haben ja bei der Etatsberatung gehört, daß die Postverwaltung bei allen Gehaltserhöhungen nicht bloß den Löwenantheil für ihre Beamten gezogen hat — hat bei der Vertretung dieser Wünsche besonders das Wort geführt. Nach den Bestimmungen des Bundesrats über die Entscheidung für die Entscheidungspflichtigen Güter ist bei den Postwagen eine durchschnittliche Belastung von 1000 Kilogramm pro Achse als billig und angemessen angenommen; legt man dieser Belastung nur den Eigulay zu Grunde, so ergibt das bereits eine Ausgabe von 35,2 Millionen. Wenn man ferner für die 77 Millionen Eisenbahnkilometer, auf welchen jetzt Postbegleitpersonal ohne Entschädigung befördert wird, als Durchschnitt eine Begleitung von 2 Personen annimmt und für diese nur ein Viertel dritter Klasse in Anrechnung bringt, so würde das auch 6 Millionen ergeben; im Ganzen also 41 Millionen. Gegenwärtig zahlt die Post an sämtliche Eisenbahnen eine Entschädigung von 6 000 000 M.; sie hätte also nach Abzug dieser Summe von den obigen 41 Millionen billiger Weise weitere 43 1/2 Millionen an die Eisenbahnverwaltung zu zahlen. Bei solchen Leistungen würde also der Postüberschuß abgerührt werden. Daß die Gebühr für die Drucksachen nicht angemessen normirt ist, darüber ist wohl kein Zweifel; sie werden bis zu einem Gewicht von 50 Gramm für 3 Pf. bezahlt, während Postkarten, die dieselbe Arbeit machen und viel geringeres Gewicht haben, 5 Pf. kosten. Die Drucksachen dienen übrigens in der schwindenden Masse dem geistigen Verkehr, sondern vorzugsweise dem Kellamebedürfnis. In Betreff der Zeitungsgebühr sodann wurde bereits 1874 in der Budgetkommission unter Zustimmung des Generalpostmeisters darauf hingewiesen, daß sie nicht richtig normirt ist und namentlich die besseren literarischen Erzeugnisse dadurch geschädigt würden; und 1874 erklärte der Staatssekretär v. Stephan, Ermittlungen hätten ergeben, daß die Gesamtmasse der Zeitungen gegen einen Einnehmertrag vertrieben wird, welcher die Kosten der Postverwaltung nicht deckt. Die Ergebnisse der Zeitungsbeförderung in den Jahren 1876 bis 1884 haben hierin keine wesentliche Aenderung aufgewiesen. Präsident v. Bodehl. Biedorf erinnert den Redner daran, daß diese speziellen Auseinandersetzungen wohl besser bei einem späteren Titel ihre Stelle finden könnten.

Abg. Gamp (fortfahrend): Dann nur einige allgemeine Bemerkungen. Auch Abg. Richter erklärte es in der Budgetkommission für unzulässig, die Drucksachen unter den Selbstkosten zu befördern. Es ist also nicht richtig, wenn es in der Presse heißt, daß ich mit meiner Auffassung allein geblieben sei. Was die Ermäßigung der Ausgaben betrifft, so bin ich auch hier durch das Studium der Vorberathungen dahin gekommen, daß bei der Erweiterung der postalischen Einrichtungen mandatorisch über das absolut notwendige Bedürfnis hinauszugehen sein möchte. 1878 befristete die Budgetkommission die Abfertigung von 400 Telegraphenstationen, die Abgg. Berger, Hammacher, Grumbrecht und Richter ebenfalls. Das Eintreten der Reichspartei, insbesondere Herr Dr. Lucius, sicherte diese Forderung. Damals hielt der Herr Generalpostmeister die Errichtung von 4250 Telegraphenstationen für gebührend. Wir hatten die geschaubten Verhältnisse der Gründerjahre, die jetzt einer gewissen Depression Platz gemacht haben. Gleichwohl ist die Zahl der Telegraphenstationen inzwischen auf 8000 gestiegen. Diesem Vorgange gegenüber war die idiosyncrasie und Weise, in der der Herr Staatssekretär diese Anregungen ablehnen zu sollen gemeint hat, nicht gerechtfertigt. Ich bin nicht der Ansicht, daß es zweckmäßig wäre, ein Privilegium der Eisenbahn aufzuheben; es ist das gewissermaßen der erste Schritt zu den Reichseisenbahnen; das Reich ist jetzt gewissermaßen schon Eigentümer an allen Eisenbahnen. Ich möchte dieses Verhältnis an sich nicht ändern, glaube aber, es würde möglich sein, den Interessen gerecht zu werden, wenn rechnermäßig festgestellt würde, wie sich die Ausgaben und Einnahmen der Postverwaltung unter Berücksichtigung dieser Faktoren stellen, und wenn die Mittel, die dadurch disponibel würden, seitens des Reiches verwendet würden zur Unterstützung derjenigen wirtschaftlichen Bestrebungen, die bis jetzt nicht genügend gefördert werden konnten. Ich stimme allen Bestrebungen, die dem Verkehr dienen, gern zu, möchte aber nicht, daß berechtigtere Wünsche hinter minder berechtigten zurücktreten.

Staatssekretär v. Stephan: Meine Herren, ich weiß nicht, ob es Einem oder dem Anderen von Ihnen auch so ging, wie mir — ich habe eigentlich den Eindruck, als ob diese eben gehörte Rede hier garnicht her gehört. Entweder hätte sie in der Kommission gehalten werden müssen, wie es sich der Herr Abgeordnete auch in seiner Rede bei der ersten Etatsberatung vorbehalten hatte, dort war Zeit und Raum genug, alle diese zum Theil schwierigen von ihm berührten Fragen gründlich zu erörtern, oder, was z. B. die Fragen des Kohlentarifs und der preussischen Eisenbahnverwaltung betrifft, im preussischen Landtage, aber nicht bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsrats in dieser Weise. Es würde mir gar nicht schwer werden, diese Rede mit Zahlen wie mit anderen Gründen Satz für Satz zu widerlegen. Dazu würde ich aber auch wieder beinahe eine Stunde brauchen, was bei der Lage der Geschäfte in diesem hohen Hause doch einigermaßen verwerflich sein würde. (Beifall links.) Nur wenn er gemeint hat, ich hätte ihm damals in scharfer Weise geantwortet, so hat er meine Stimmung und meinen Ausdruck missverstanden. Vielleicht habe ich selbst Schuld daran durch meine etwas zu schnelle Diktion. Ueber die Hauptpunkte will ich nur wenige Worte sagen. Das Verhältnis der Post zur Eisenbahn ist bei dem Gesetz vom 20. Dezember 1875 im Reichstag ausführlich durch viele Sitzungen erörtert worden, und indem er damals der Vorlage mit großer Majorität beitrug, hielt er den Standpunkt aufrecht, der auch früher immer maßgebend war, daß die Eisenbahn zu diesen Leistungen verpflichtet ist, weil ihr dafür Äquivalente abgetreten sind: nämlich das gesamte Postmonopol der Personenbeförderung, das Monopol welches nöthig war, um für Briefe und Drucksachen im Interesse der Nation das billige Porto zu erhalten. Und hier siehe ich auf einem ganz anderen Standpunkt als der Nationalökonom; wenn er

sagt, daß die Kohlen billig befördert werden müßten, so sage ich, es sei vor allen Dingen wichtig, daß die Briefe, die Anzeigen und die Drucksachen billig befördert werden, weil darin der geistige Verkehr ruht und weil überhaupt der Geist der Nation vorgeht. Gegen die Rechnungen, die die Eisenbahn aufgestellt hat, und die im preussischen Abgeordnetenhaus vorgebracht sind, protestire ich; sie sind garnicht kontrastistisch zwischen den beiden Verwaltungen festgestellt und beruhen auf einseitigen Berechnungen der Eisenbahnverwaltung. Nach unseren Rechnungen kommen nicht 12, sondern 4 Millionen heraus, und wenn wir alle die Kosten in Berechnung stellen, welche die Eisenbahn der Post dadurch verursacht, daß sie uns durch den äußerst kostspieligen Apparat der ambulanten Bureaus zu einem sehr erheblichen Kostenaufwand für ein doppeltes Personal nöthigt, ebenso für Gebäude an Orten und in Gegenden, wo es uns niemals in den Sinn kommen würde, für Rechnung der Postverwaltung Gebäude aufzustellen, so kommt doch diese Gegenrechnung ein Betrag von 11 Millionen heraus, der billigerweise mitgerechnet werden muß. Der Herr Abgeordnete hat selbst erwähnt, daß die Post 8 Millionen dadurch verliert, daß sie zur postfreien Beförderung der Reichsdienstsendungen genöthigt ist. Sodann führen die preussischen Berichte sämtliche fiskalische Prozesse sportelfrei. Was sollte daraus werden, wenn die Post solche Gegenrechnungen macht, während sie außerdem als Äquivalent das ganze Personenmonopol abgetreten hat. Wenn ich das in Betracht ziehe und mir durch Zahlen vergegenwärtige, die der Herr Abgeordnete zitiert hat — er hat hier ganz richtig gerechnet und es ist ihm diesmal kein Malheur mit den Zahlen passiert (Seitertzeit) — daß der Ueberschuß etwa auf 30 Millionen (die genaue Zahl ist 32 Millionen, also 2 Millionen höher) zu stehen kommen würde, wenn man die Erträge, die in der ersten Plenarberatung erwähnt wurden, hinzuzieht, dann würde sich der Ueberschuß der Postverwaltung auf 18 pSt. stellen, höher als in den glänzendsten Jahren der kaiserlichen Verwaltung.

Eine Aenderung des Drucksachentarifs habe ich allerdings für erwünscht erklärt. Es werden jetzt im Ganzen 102 205 800 Drucksachen befördert. Davon sind nur 4 578 000 solche zwischen 50 und 100 Gramm; das ist die Klasse, der der Abg. Gamp seine besondere Theilnahme gewidmet hat; die übrigen sind unter 50 Gramm. Der Einnahmeausfall bei Einführung des Portofreies von 5 Pf. für Sendungen im Gewicht von 50—100 Gr. würde jährlich 273 000 M. betragen. Diese Erhöhung würde aber überhaupt nicht eintreten, weil eine große Zahl von Sendungen mit der Post gar nicht befördert werden würden. Der Annoncenverleger, der für das Geschäft so wichtig ist — Sie wissen, daß die Franzosen das Sprüchwort haben: l'annonce c'est l'âme de l'affaire — würde wesentlich beeinträchtigt werden. Die Maßregel kann ich als zweckmäßig zur Erreichung eines höheren Ueberschusses nicht anerkennen. Was das betrifft, was man an al wird, lernt man viel, pflegt man zu sagen. Was schließlich das Zeitungsporto betrifft, so stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten darin durchaus überein, daß die jetzige Portofestsetzung für die Zeitungsgebühren durchaus kein Ideal von Tarif darstellt. Ich würde auch meinerseits von meinem Standpunkt aus eine Ermäßigung der Postgebühren für Zeitungen durchaus nicht als Bedürfnis erachten, wie ich mich überhaupt für eine Ermäßigung des Tarifs nicht eher aussprechen kann, als bis die große Finanzfrage des Reichs überhaupt gelöst sein wird. Oder zweitens, es würde ungefähr dasselbe herauskommen. Dann würde Ihr Zweck, die Einnahmen zu erhöhen, gar nicht erreicht werden. Sie würden aber große Verschwendungen innerhalb der einzelnen Zeitungsunternehmen hervorrufen und große Unzufriedenheit erzeugen. Davon bin ich vollständig überzeugt, und Sie würden nichts erreichen. Oder drittens, Sie kommen durch einen neuen Tarif zu einer Erhöhung der Postgebühren für Zeitungen; ja, ich muß Ihnen anheimstellen, verzeiht Herr Abgeordneter, überhaupt einen Antrag einzubringen. Findet ein solcher Antrag die Majorität des hohen Hauses, worüber ich mich nicht aussprechen kann, dann dürfen Sie überzeugt sein, daß von Seiten der Regierung ein solcher Antrag in wohlwollender Ermäßigung gezogen werden wird. (Seitertzeit; Beifall rechts.)

Abg. Baumbach (Deutsch frei.): Der Herr Abg. Gamp war in seinen heutigen Ausführungen weit weniger kritisch als bei Gelegenheit der Generaldebatte; sein Vorgehen erinnert mich an die Fabel des kreisenden Berges. Damals sprach er davon, daß man vor allen Dingen in eine klare Stellung darüber kommen müsse, wie der Etat zu gestalten sein möchte. Ich glaube nicht zu weit zu gehen, wenn ich sage, er hat nicht gehalten, was er versprochen. In der Kommission, der ich mit ihm angehörte, hat er kaum den Anlauf genommen, den Postetat in besserer Weise umzugestalten. Wir hatten uns die Aufgabe gestellt, die einzelnen Positionen gewissenhaft zu prüfen, und sind zu dem Resultat gekommen, daß wir im Ordinarium auch nicht einen einzigen Abstrich machen können, und wenn inzwischen der Herr Staatssekretär des Reichspostamtes die allerhöchste Aner-

Berliner Theater.

Residenz-Theater.

R. C. Die große Frage, ob ein gefallenes Mädchen noch heirathsfähig sei, wurde am Sonnabend Abend im Residenz-Theater verhandelt. Sie fand einen warmen Verteidiger in Alexander Dumas Sohn, der, ohne sich an engherzige moralische Bedenken zu stoßen, die Frage einfach so behandelte, wie sie behandelt werden muß, indem er weniger an den Kopf, an den prüfenden Verstand des Publikums, als an dessen Herz appellirte.

Denise heißt das Schauspiel, welches im Residenz-Theater einen begeisterten, enthusiastischen Erfolg errang. Ein junges Mädchen, ausgestattet mit allem Liebreiz der Jugend und Schönheit, mit feilschen und geistigen Vorzügen, ist mit einem jungen Manne ausgewachsen, in welchen sie sich verliebt. Dieser junge Mann ist ein Laugenichts, der das liebende Vertrauen des jungen Mädchens mißbraucht und dasselbe in einem Augenblick der Aufregung verführt. Denise muß sich schließlich ihrer Mutter offenbaren und es gelingt der mütterlichen Sorgfalt, den verhängnisvollen Schritt und seine verhängnisvollen Folgen vor dem durchaus in gewöhnlichen Vorurtheilen befangenen Vater des Mädchens zu verbergen. Von ihrem Liebhaber verlassen, findet das junge Mädchen fünf Jahre später Gelegenheit, sich in einen anderen jungen Mann zu verlieben, und diese Liebe wird in der reinsten und stürmischsten Weise erwidert. Denise muß sich, als der junge Mann bei ihren

Eltern um ihre Hand anhält, offenbaren; das edle Herz des Grafen von Verdannes sieht nach schweren Kämpfen über den doch gewissermaßen unschuldbegangenen Fehltritt hinweg, er macht das gefallene Mädchen zu seiner rechtmäßigen Gattin.

Das ist ungefähr der Kern der Handlung. Die Exposition des Stückes ist etwas zu lang, sie fällt fast die beiden ersten Akte. Troßdem aber wird der Zuschauer hingezogen und gefesselt durch die Kraft der überzeugenden Lebenswahrheit, welche Dumas allen seinen Figuren zu geben versteht. Und es ist nicht allein die Wahrheit der Charaktere und Figuren, es ist die siegreiche, wahrhaftige Uebersetzung, die der Autor selbst von seiner Idee hat, sie reizt auch den vorurtheilsvollsten Hörer hin, er muß, selbst ein schwacher Mensch, menschliche Schwäche verzeihen.

Es ist richtig, daß man gerade in jenen Kreisen, in welchen das Stück spielt, nur allzu gerne über die Fehler und Fehltritte der Männer hinwegsieht, dieselben als lebenswürdige Leichtfertigkeit entschuldigt, während man mit strengem Gesichts über die aus derselben natürlichen Aufwallung emporstehenden Vergehens des weiblichen Geschlechts zu Gericht sitzt. Mit welchem Recht, ist dem schlichten Verstande geradezu unersinnlich, kommt es doch häufig genug vor, daß gerade der Verderber und Verführer eines Mädchens zu dessen Richter gemacht wird. Die sofortige Beurtheilung, die Achtung eines gefallenen Mädchens ist bei uns mindestens das besondere Kennzeichen eines Mannes, der auf der Höhe der bürgerlichen Moral steht. Daß diese Moral eine Vergewaltigung des weiblichen Geschlechts überhaupt ist, daran denkt Nie-

mand, und es ist in der That auch bequemer, für einen begangenen Fehltritt ohne weiteres und unter dem zustimmenden Hauptneizen der großen Masse ähnlich Gesinnter den anderen Theil allein verantwortlich zu machen.

Als ein lebendiger Protest gegen diese Moral muß das Stück von Dumas betrachtet werden. Die Gesellschaft hat nicht das Recht, ein Mädchen, nur weil es einer natürlichen Regung nachgab, zu degradiren. In der glänzendsten Weise ist das Stück durchgeführt, die Charaktere bis auf die kleinsten Einzeltheile ausgemalt, und bis auf einzelne Stellen, an welchen der Verfasser allzu sehr an das Gefühl des Publikums appellirt, ist die Sprache von einem durchaus edlen Pathos getragen.

Dem Dichter kam die vorzügliche Darstellung zu Hilfe. Den Preis des Abends trug Fräulein Rakfa davon. Sie ist wie geschaffen für die thranenreiche Dulderrolle. Frau Annos Frohn war elio, ein echt französisches Gemisch von Frivolität, Abketterie und Mutterliebe. Fräulein Wismau hätte etwas mehr von den Exaltirtheiten, von denen soviel die Rede war, zeigen können, Frau Veneta war in der Szene, in welcher sie die Auseinandersetzung mit ihrem Manne hat, eigentlich nicht von einer genügend hingebenden Weichheit. Die mitwirkenden Herren machten ihre Sache alle sehr gut, bis auf Herrn Ballner, der sich garnicht in seine Rolle finden konnte. Die Regie war des Residenz-Theaters würdig.

tennung erfahren hat, so wird dieselbe sicherlich auch in der Vollstreckung einen freundlichen Widerhall finden. Im Publikum wird man, glaube ich, mit Freuden vernehmen, daß die Reichspost und Telegraphie keineswegs ein finanzielles, sondern vor allen Dingen ein den Verkehrsinteressen, den vitalsten Lebensinteressen der Nation (Heiterkeit) dienendes sein soll. Aus dem Kreise der deutschen Verlagsbuchhändler werden an das hohe Haus in dieser Beziehung Petitionen gelangen, für welche ich hiermit gleich Ihr Interesse in Anspruch nehmen möchte. Herr Gamp meint zwar, es hätten die Druckereien im Bildungsinteresse gar keinen oder nur sehr untergeordneten Werth, der Schwerpunkt liege in dem Kellamebedürfnisse. Die Kellame ist ein Stück des Verkehrs, und namentlich, wie sie uns in Katalogen entgegentritt, ein höchwichtiges Verkehrsmittel, das wir nicht entbehren können und einschränken sollen. Einmüthlich des Beibehaltens bis ich auch vollständig entgegengesetzter Ansicht, daß nämlich bei einer Revision und Steigerung desselben keine Erhöhung der Einnahme, sondern das Gegentheil eintreten würde. In der Kommission ist auch von keiner Seite einer Erhöhung des Zeitungstarifs schleichthin das Wort geredet worden. Einzelne Zeitungsredaktionen in der Reichshauptstadt haben überdies ganz besondere Anstrengungen gemacht, um den Wünschen der auswärtigen Leser Rechnung zu tragen, und es ist deshalb gerade sehr erfreulich, daß die Reichspostverwaltung diese Beziehungen unterstützt. Wenn Herr Gamp am Schluß seiner Ausführungen Anerkennung für die Reichspostverwaltung ausspricht, so wird dieselbe auch auf der anderen Seite getheilt, aber wir sind der Meinung, daß die Verwaltung noch mehr für ihre Beamten durch Besserung der Pensionverhältnisse thun könnte. Meinem wie doch, daß die verbundenen Regierungen den Reichsbeamten als schönstes Weihnachtsgehalt das Beamtenpensionsgesetz, welches hier fast einstimmig angenommen worden, geben würden. (Sehr wahr! links.) Wir haben jetzt nach längerer Pause den Vorzug, die Herren vom Bundesrathe wieder hier zu sehen (Heiterkeit), vielleicht wird uns Aussicht zu Theil, wie es mit dem Reichsbeamtengehalt steht. Wenn ich den Gang der Dinge bezüglich dieses Gesetzes ins Auge fasse, so muß ich gegenüber früheren Bemerkungen des Abg. v. Köller bemerken, daß wir in Folge von an uns ergangenen Aufforderungen sehr ernstlich erwogen haben, ob wir mit einem Initiativ-Antrage vorgehen sollen oder nicht. Wir müssen dem Bundesrathe die Verantwortung dafür überlassen, daß etwa in den Reihen der Postbeamten Unzufriedenheit Platz greift und die Aufopferungsbereitschaft schwindet, welche zur Erfüllung des schwierigen Berufes erforderlich ist. Es ist nicht wohlgethan, wenn man sich einer gerechten und guten Sache gegenüber hartnäckig verschließt, und die verbundenen Regierungen bringen sich selbst in eine schlechte Stellung, wenn sie ein solches Votum nicht beachten. (Beifall links.)

Abg. v. Köller (sonst.): Wir stimmen in der Beziehung mit dem Herrn Vorredner überein, daß wir in keiner Weise wünschen, daß die Post als eine Hauptfinanzquelle angesehen werde; auch wir stellen das öffentliche Verkehrsinteresse weit höher. Auf die Nothwendigkeit einer neuen Postreform für Drucksachen, zwischen 3 und 10 Pfennigen gehe ich nicht näher ein, sie kann nur in Gegenwart und unter Theilnahme von Sachmännern erörtert werden. Daß die Zeitungen ein wichtiges Mittel der Aufklärung sind, hat gewiß keine Berechtigung. Auch wir wünschen, daß das Volk gründlich aufgeklärt wird (Heiterkeit), wir sind nur in der schlimmsten Lage, vor lägenhaften Pressezeugnissen das Volk nicht schützen zu können. (Heiterkeit links.) Damit würden wir einverstanden sein, wenn es sich machen ließe — ich bin überzeugt, daß es nicht möglich ist — daß nur solche Blätter durch die Post befördert werden, welche die Wahrheit schreiben. (Heiterkeit.) Sehr gut! links.) Der Herr Vorredner ist sodann auf das Beamtenpensionsgesetz gekommen und hat in seinen Auslassungen mehrfach meiner Erwähnung gethan. Ich erkenne darin nur einen Verweis des Herrn Abg. Baumbach und der Deutschfrennigen, als ob sie den Eindruck nicht erweisen können, welcher vor wenig Wochen dadurch hervorgerufen wurde, daß die Freisinnigen mit diesem Antrage wegen der Beamtenpensionen nicht gekommen sind. Herr Baumbach sucht den Vorwurf, damals nicht früh genug aufgestanden zu sein, dadurch zurückzuweisen, daß er sagt, sie seien jetzt beim Branntweinmonopol zeitig auf dem Platze gewesen. Da wünschte ich sehr wohl, sie hätten noch weiter geschlafen. (Sehr richtig! links.) Große Heiterkeit.) Die freisinnige Presse hat schon soviel Unfug damit getrieben, noch ehe die Vorlage gedruckt erschienen ist, daß man erstaunt sein muß. In der Verzögerung des Zustandekommens des Beamtenpensionsgesetzes ist die konservativste Partei gänzlich außer Schuld. Das Gesetz liegt zur Zeit im Bundesrathe, und ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, daß sowohl das Reichsbeamtengesetz, als auch das andere im Bundesrathe angenommen werden wird. Ich weise all diese Vorwürfe entschieden zurück und erkläre mir dieselben nur dadurch, daß man die Vorgänge möglichst zu demänteln sucht. (Beifall rechts, Widerspruch links.)

Präsident: Der Herr Abg. v. Köller hat den Ausdruck „lägenhafte Pressezeugnisse“ gebraucht. Ich setze voraus, daß er diesen Ausdruck nicht auf ein Mitglied dieses Hauses hat anwenden wollen, sonst würde ich genöthigt gewesen sein, ihn zur Ordnung zu rufen.

Abg. v. Köller: Ich habe dies selbstredend nicht beabsichtigt, sondern ganz allgemein gesprochen.

Abg. Windthorst (Zentrum): In dem Drucksachenporto dürfen wir in keinem Falle zu einer Erhöhung schreiten, auch kann von postfälligen Maßregeln, um schlechte Pressezeugnisse nicht in die Welt gehen zu lassen, keine Rede sein. Hier muß die Presse selbst die Initiative ergreifen und auf intellektuellem Wege zu wirken suchen. Aus den Vorwürfen gegen die Postverwaltung könnte man übrigens schließen, dieselbe sei mangelhaft. Dies kann ich meinerseits nicht zugeben. (Beifall.) Ich wünschte nur, daß die finanzielle Lage des Landes derart wäre, daß wir nicht auf die Einnahmen aus der Post- und Telegraphenverwaltung zu sehr genöthigt wären. Die beschleunigte Ausbreitung von Post- und Telegraphenanstalten wäre sehr erwünscht, ebenso die Gehaltsverbesserung der Beamten. Aber ich möchte meine Wünsche, da die Finanzlage keine günstige ist. Die geschriebenen Abstriche haben wir nur mit Bedauern gemacht, aber es ist sehr notwendig, daß wir bis aufs Aeuzerste sparen. Es ist sodann Anlaß genommen worden, auf das Pensionsgesetz zu kommen, und es war darüber Streit, wer die eigentliche Initiative gehabt habe. Darauf kommt es gar nicht an, sondern nur darauf, ob das Gesetz, das wir beschließen haben, zweckmäßig und nöthig gewesen ist. Die Reichsbeamten, besonders die der Post, haben schwer zu leiden. Ich wünsche dringend die möglichst baldige Publikation des Gesetzes. Wenn Sie glauben, das andere Gesetz mit durchdrücken zu können, dann treten Sie sich. Ich bin überzeugt, daß ein ruhiges Vorgehen auf diesem Gebiete auch dem Zustandekommen des anderen Gesetzes nur dienlich sein könne. Dann hat Herr v. Köller sich sehr diplomatisch geäußert, er hoffe, daß das Reichsbeamtengesetz zu Stande komme, aber auch das andere. Das heißt wieder, sie sollen zusammengeloppelt werden. Wenn Sie diese Koppel nicht zerreißen, bekommen Sie ganz bestimmt das andere Gesetz nicht (Zustimmung links und im Centrum), und das andere können Sie sehr leicht haben, wenn Sie billigen Wünschen entgegenkommen. In militärischen Kreisen besteht ein dringendes Verlangen nach dem Militärpensionsgesetz, und die Herren von der Armee haben Recht. (Zustimmung links und im Centrum.) Bewillige man diese Forderung, und alles ist in der besten Ordnung. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. Dirichlet (Deutschfrenn.): Der Abg. Gamp

hat durch sein Vorbringen wohl nur den etwas im Verblissen gerathenen Stern der Verfaßlichkeit der Eisenbahnen zu neuem Glanz erheben wollen. (Sehr gut! links.) Er und seine politischen Freunde begreifen, jetzt gewahrt zu werden, daß Alles das eintritt, was wir ihnen, als die Eisenbahnen verstaatlicht wurden, vorher sagten. Seitdem ist nämlich der Widerstand gegen gerechte Ansprüche der Postverwaltung in Bezug auf Herstellung neuer Postverbindungen viel stärker geworden, als er früher zur Zeit des Privatbahn- und gemischten Systems war. Ich erlaube mir direkten Gegenstand zu Herrn Gamp den Staatssekretär des Reichspostamts die postalischen Interessen mit ihrem vollen Gewicht den Eisenbahnen gegenüber zur Geltung zu bringen. Jetzt erst hat wieder die Staatsbahnverwaltung, zum großen Schaden des Postverkehrs, den einzigen durchgehenden Zug zwischen Ostland und der Provinz Schlesien unterbrochen. Ich richte ferner noch die Bitte an die Reichspostverwaltung, sowohl bei Errichtung neuer Verkehrsanstalten, als auch bei Verlegung bestehender Anstalten die kommunalen Vertretungen der betreffenden Landtheile und nicht allein die Postbeamten zu Rathe zu ziehen. Die Postbeamten werden so viel hinzuerworben, daß sie nicht immer in der Lage sind, die wirklichen Verkehrsmittel ihres Rayons genau zu lagern.

Abg. Meyer (Zentrum): In Betreff des Beamtenpensionsgesetzes bitte ich den Bundesrat dringend, doch endlich seine Entscheidung gemäß dem einstimmigen Votum des Hauses zu treffen. Eine Erhöhung des Portos für Drucksachen halte ich für unthunlich, bin im Gegentheil für eine Ermäßigung desselben bei Drucksachen bis zum Gewicht von 100 Gramm auf 5 Pfennige, und glaube, daß dadurch nicht nur ein finanzieller Ausfall, sondern im Gegentheil Mehreinnahmen entstehen werden, da sich der Verkehr in sehr bedeutendem Umfange steigern wird. Auch ich meine ferner, daß die Postverwaltung in erster Linie die Interessen des Verkehrs und erst in zweiter Linie die finanziellen Interessen berücksichtigen muß; ich kann es Herrn Stephan nur danken, daß er die Verkehrsinteressen Deutschlands so ausgezeichnet gefördert hat; Deutschland kann auf das, was er für den deutschen und für den internationalen Verkehr geleistet hat, mit Recht stolz sein. (Beifall.)

Abg. Lingens (Zentrum): Wir werden der Postverwaltung unsere Anerkennung für ihre großartigen Leistungen nicht versagen. Doch dürfen wir die materiellen der höheren, ethischen Interessen nicht vergessen werden. Aus diesem Grunde bin ich schon vor Jahren für die Sonntagruhe der Postbeamten eingetreten, und ich anerkenne, daß weder dieses Haus noch das Publikum es an Sympathien für dieses Vorhaben hat fehlen lassen. Auch die Postverwaltung hat sich entgegenkommend gezeigt. Es fragt sich nur, ob das, was geübt ist, genügt, und da bedauere ich, mich mit der geleisteten Abschlagszahlung nicht einverstanden erklären zu können. In dieser Beziehung hat sich sogar die Reichseisenbahnverwaltung viel mehr geneigt gezeigt, auf unsere Wünsche einzugehen, indem sie die Summe von 300 000 M. in den Etat einstellte, um für die Weichensteller u. s. w. eine genügende Sonntagruhe zu ermöglichen. Ist das für die Eisenbahnverwaltung möglich, so ist die Weigerung der Postverwaltung, auf unsere Vorschläge einzugehen, unverständlich. In weiten Kreisen ist das Bedürfnis nach Sonntagruhe vorhanden. Ich habe mich gefreut, daß die evangelische Generalität oder so energisch vorgegangen ist, wie das geübt ist. Wenn die Nordd. Allgem. Btg. und der Reichstagsler dagegen Einspruch erhoben haben, so beruht das auf einer sehr engherzigen Auffassung. Bisher ist die Generalität mit ihren Wünschen zu weit gegangen; mir wenigstens würde es genügen, wenn den Beamten immer der dritte Sonntag freigegeben würde. Allerdings dürfte dem freien Sonntag nicht Nachtdienst vorausgegangen sein. Auf eine strengere Sonntagheiligung ist um so mehr zu halten, als wir wahrnehmen, daß die sittlichen Ideen überall im Niedergang begriffen sind. An Gottes Segen ist Alles gelegen! Es geschieht zum Wohle des Vaterlandes, wenn wir auch den Beamten die Sonntagruhe sichern; aus diesem Grunde haben wir Ihnen die Resolution vorgeschlagen; die verbundenen Regierungen zu ersuchen, zu veranlassen, fortzuschreiten mit wirksamen Anordnungen, damit den Post- und Telegraphenbeamten Sonntagruhe und Sonntagsfeier ermöglicht bleibe.

Abg. Schrader: Der Abg. Lingens hat in Bezug auf die Sonntagruhe der Postbeamten seine Wünsche bedeutend ermäßigt. Zu dem, was er heute vorschlägt, bedarf es einer Resolution nicht; das will die Postverwaltung, und das wollen auch wir, daß den Beamten dieser Verwaltung die Sonntagruhe, soweit es anständig ist, gesichert werde. Wir haben deshalb kein Bedenken, der Resolution zuzustimmen. Die heutigen Auslassungen des Abg. Gamp hatten mehr einen dekorativen Zweck. Die Staatseisenbahnen liefern längst nicht mehr die glänzenden Resultate. Es ist noch schlimmer geworden, als ich gedacht, weil es nicht möglich ist, daß die Centralleitung der Staatseisenbahnen sich mit der Reichsleitung den Wünschen der Industrie in Bezug auf Tarifveränderungen anbequem, wie es den Privatbahnen möglich gewesen ist. Auch zeigt sich Minister Baumbach nicht geneigt, den Wünschen aus den industriellen und agrarischen Kreisen ohne weiteres Rechnung zu tragen. Jetzt soll ihm das Eingehen erleichtert werden auf Kosten des Reichs. Herr Gamp will nicht, daß die Post Drucksachen unter dem Selbstkostenpreise befördert, aber er will, daß die Bahnen Güter so billig befördern zu Gunsten der Industrie. Von sehr autoritativer Stelle ist jetzt ausgesprochen worden, daß die Nothlage der Industrie sich erklären aus der Ueberproduktion, und nicht ohne Ver schulden der Industrie entstanden sei, und daß als Mittel zur Beseitigung des Nothstandes sich die Ermäßigung der Produktion empfehle. Jetzt wünscht die Industrie Hilfe auf dem Wege der Eisenbahnpolitik. Von hier aus soll ein Druck auf die preussischen Staatseisenbahnen ausgeübt werden. Auf diesem Wege können wir Herrn Gamp nicht folgen.

Abg. Gamp: Ich habe persönlich nur eine Anregung geben wollen und auf gewisse bestehende Unbilligkeiten aufmerksam gemacht. Ich habe diesen Zweck erreicht und bin auch in meinen Ansichten durch die Vorredner nicht irre geworden. Wenn gesagt wurde, der bisherige Zustand existiere schon seit 40 Jahren, so meine ich dagegen, wenn eine Aenderung notwendig ist, daß das Gute nie zu spät kommt. Herr Richter hat in der Budgetkommission selbst anerkannt, daß, wenn die Provisionen, die die Zeitungen für ihre Beförderung zahlen, die Selbstkosten nicht decken, eine Erhöhung nöthig sei. Ich habe ausdrücklich den Vorstehenden der Kommission gebeten, diese Worte ins Protokoll aufzunehmen, um den Abg. Richter darauf festzusetzen.

Abg. Richter (deutschfrenn.): Wenn Herr Gamp etwa mich als Autorität für seine verunglückten Angriffe anführen will, so irrte er doch. Herr Stephan hat ihn ja schon in der Kommission ad absurdum geführt, indem er zeigte, daß durch die Zeitungspension nicht nur die Selbstkosten der Post gedeckt werden, sondern noch ein bedeutender Ueberschuß sich ergibt. Dies zur Erinnerung, um den Nagel, den Herr Gamp auf mich losschlägt, etwas loser zu machen.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt; über die Resolution Lingens wird in dritter Lesung abgestimmt werden.

Bei Tit. 20 und 21 der Ausgaben (Post- und Telegraphenämter) betont

Abg. Lingens die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Gehälter der mittleren und oberen Postbeamten. Es sei ihm ferner aus Postkreisen mitgetheilt worden, daß manche Beamte nach 15 und 16jähriger Dienstzeit noch nicht einmal das Durchschnittsgehalt erreicht haben.

Abg. Baumbach wünscht, daß die Gehaltsbezüge einer Teilung der Postbeamten, ebenso wie es in Preußen seit 1877 (siehe, vierteljährlich pränumerando statt monatlich) den Subalternen die Postbeamten vierteljährlich leisten; es würde dies leichter werden, wenn sie auch das Gehalt vierteljährlich erhalten.

Staatssekretär v. Stephan erwidert dem Abg. Baumbach, daß die Postverwaltung sei nicht in der Lage, Mittelbewilligungen, die von Postbeamten an die Mitglieder des Hauses gelangen, zu berücksichtigen, da solchen Mittelbewilligungen meist Voreingekommenheit und manchmal sogar falsche Angaben zu Grunde liegen.

Die Titel werden bewilligt.

Tu Tit. 32 (Postkassanten und nicht festangestellte und Telegraphenassistenten) 3 800 000 M. befürwortet Abg. Köller (deutschfrenn.) eine Resolution dahin, verbundenen Regierungen zu empfehlen, den in der Reichs- und Telegraphen-Verwaltung diätarisch beschäftigten Beamten nach mehrjährigem tabellosem Dienste die Feststellung mit Pensionübertragung zu gewähren. Der Staatssekretär des Reichspostamts sei ja an und für sich schon abgeneigt, die Anstellung weiblicher Beamten. Trotzdem sei billig, daß Damen, die über zwölf und fünfzehn Jahre aus der von ihnen abgelegten Prüfungen im Post- und Telegraphendienst thätig waren, und die ganz dasselbe dabei geleistet wie die männlichen Beamten, ein Anspruch auf angemessene Versorgung bei eintretender Dienstuntauglichkeit gewährt. Die Damen seien ohnehin schlechter gestellt, als die männlichen Beamten; und namentlich habe sich ihre Lage erheblich verschlechtert seit der Vereinigung der Telegraphen- mit der Postverwaltung. Ihr Dienstverdienst belaufe sich im Durchschnittlich kaum auf 800 M. jährlich. Das Haus bewilligt die Resolution also zustimmend.

Direktor im Reichspostamt Fischer bezieht sich auf bereits im vorigen Jahre bei derselben Gelegenheit abgegebene Erklärung, wonach die Postverwaltung annehme, daß die Damen eingeräumte Stellung durchaus ihren Leistungen entsprechend sei, und spreche sofort bei ihrem Eintritt in den Dienst an, daß sie nur auf Widerruf und ohne Pensionübertragung übernommen würden. Ihre Stellung sei auch seit der Vereinigung von Post und Telegraphie nicht schlechter, sondern im Gegentheil erheblich verbessert, ist dem Postdienstleistungen auch, namentlich wegen der häufigen Ausbrechungen, den Leistungen der männlichen Beamten nicht gleichzustellen. Deshalb bitten wir Sie, den Vorredner nicht abzulehnen. Ich füge noch hinzu, daß die Postverwaltung von der ihr im Reichsbeamtengehalt beigegebenen Summe, auch nicht festangestellten Beamten Pensionen zu gewähren, den Telegraphenbeamten so gut Gebrauch macht, wie bei allen festangestellten Beamten.

Abg. Köller: Nach den Erfahrungen in anderen Ländern stehen die Leistungen der weiblichen Beamten den männlichen Beamten völlig gleich; es ist für die Intelligenzleistungsfähigkeit unseres weiblichen Geschlechts doch kein zweifelhaftes Zeugnis, wenn ihnen in einem derartigen Zweige ein so schlechtes Urtheil gegeben wird. Von einer Behörde, hinsichtlich der Pensionierung abhängig ist, übrigens ein ganz anderes Ding, als sich auf die Leistungen zu stützen. Ich habe meinerseits niemals bei diesen Beamtinnen beim Eintritt höhere Versperrungen gemacht worden sein; sie haben sich allerdings darauf verlassen, für den Verdienst von 2 M. pro Tag der Post ihre Dienste zu widmen, und sind dann allmählig auf Jahresverdienst gestiegen. Ich kann das nach mehrjähriger Dienstzeit nicht für eine ausreichende Beförderung halten. Uebrigens sind zahlreichen Gehilfinnen ihre Nebenverdienste an Antiquitäten und Vergütungen für Arbeit einfach wieder entzogen worden, so daß sich sehr unbillige Verhältnisse direkt verfestigt haben.

Direktor im Reichspostamt Dr. Fischer entgegnet, Erfahrungen in anderen Ländern das gleichfalls aus Erfahrung gewonnene Urtheil der Reichspostverwaltung alteriren geeignet seien.

Abg. Kayser (Sozialdem.): Wir sind der Meinung, daß die ganze Strömung der Zeit darauf hinausgeht, die Arbeit einzuschränken, und wünschen nur, daß auch die Postverwaltung dem Beispiel der Postverwaltung beifolgt, damit wir zum Beispiel nicht mehr Frauen als stellen beschäftigt haben. Trotz dieser grundsätzlichen Stimmen wir für den Antrag Köller, weil die Postverwaltung wenn sie einmal Frauen anstellt, auch den berechtigten Antrag auf gleiche Bezahlung mit den Männern erheben wird. Wir kennen die Ausrede, daß Frauen weniger leisten als Männer, und Arbeitgebern, namentlich aus der Industrie, zu Gunsten. Wir stehen überhaupt auf dem Standpunkt, daß jeder Beamte, ob hoch oder niedrig, ob Militärdienst übernommen oder nicht, mit festem Gehalt nach einer bestimmten Zeit angestellt werden sollte. Die Postverwaltung spricht immer von dem Wohlwollen, mit dem Beamten entgegentritt, wenn diese sich an sie wenden; wir haben diesem Wohlwollen immer mit dem Wohlwollen gegenübergestellt, und die heutige Bemerkung des Herrn von Stephan über diejenigen Beamten, die sich mit Eingaben an Abgeordnete wenden, beweist mir, daß die Beamten bei dem hohen Wohlwollen der Postverwaltung keineswegs am besten aufgehoben sind. Die Resolution würden wir wenigstens vorweg das Wohlwollen der Beamten überhaupt schlechter zu stellen.

Tit. 32 wird genehmigt; die Resolution wird in dritter Lesung zur Abstimmung gestellt werden.

Bei Titel 36 (Miethe für auf Grund von) trägt für die Postverwaltung neu errichtete Postgebäude (siehe, vierteljährlich pränumerando statt monatlich) das Terrain, auf welchem das neue Postgebäude errichtet ist, nach dem Urtheil von Bergtechnischen Sachverständigen sicher sei.

Direktor im Reichspostamt Fischer erwidert, daß die Postverwaltung das Bau Terrain von Sachverständigen untersuchen lassen, und daß von diesen Bedenken gar keine geltend gemacht seien.

Der Titel wird bewilligt, ebenso ohne weitere Bedenken der Rest des Ordinariums.

Es folgen die einmaligen Ausgaben. 1—23 werden ohne weitere Debatte bewilligt. Davon sind in früheren Jahren bewilligte Bauten. Neu eingeleitete die ersten Raten für Rastatt, Stettin, Celle, Bingen, Naumburg, Wismar und Stralund.

Gegen 5 Uhr beantragt Abg. Dirichlet die Abstimmung darüber, ob die Abstimmung darüber ist zweifelhaft und muß durch eine Entscheidung werden, welche die Anwesenheit von Mitgliedern ergibt; das Haus ist also nicht beschlußfähig. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (Etat, Landtag mit der Dominikanischen Republik und Geseftentwurf des Reichsflagge in den deutschen Schutzgebieten).

Lokales.

Arbeiter-Jubiläum. Am 9. Januar feierte der Friedrich Cronil in der Werkstatt des Zimmermeisters Wasserhofsstr. 42, sein 25. jähriges Arbeitsjubiläum. Die Arbeiter hatten fleißige Hände schon den Abend einer sinnigen Inhaft und Guitanden geschmückt.

bielt einer fe...
Darauf über...
Stammesbel...
den Jubilar...
Bankte der...
Theilnehmern...
Wohnung der...
1. In der...
Baug wird d...
hängt mit der...
kommen...
kommen. Da...
skandinavisch...
kommen, und...
auch gleich na...
in Kopenhagen...
wahrlich inlich...
Baug soll so...
von Sarau...
sehr lebhafte...
halten haben...
mit v. Sara...
Bezug auf d...
unterlassen ha...
gängig zu ma...
vom Minister...
langt, Baug...
deutsche Reife...
auf Erfindung...
trau v. Sara...
Freie die...
sel von der de...
im Frühjahr...
mehr in einer...
öfentlichen Blatte...
bahngesetz nach...
sei, wo man i...
erheit sie, daß...
und sprechen...
J. Ueber...
aus Blumberg...
Magd für ein...
schlechter, sondern im Gegentheil erheblich verbessert, ist dem Postdienstleistungen auch, namentlich wegen der häufigen Ausbrechungen, den Leistungen der männlichen Beamten nicht gleichzustellen. Deshalb bitten wir Sie, den Vorredner nicht abzulehnen. Ich füge noch hinzu, daß die Postverwaltung von der ihr im Reichsbeamtengehalt beigegebenen Summe, auch nicht festangestellten Beamten Pensionen zu gewähren, den Telegraphenbeamten so gut Gebrauch macht, wie bei allen festangestellten Beamten.

Der Proj...
Hermann Holt...
Fürsten Bisma...
und gelangte...
J. erfolgte...
Saad im lezte...
ausgedehnte...
zur Vertheidig...
Jurgen Frick...
Dr. Phyllips...
Magte sich...
arten Kritik...
Ueberzeug...
bigung darin...
worden, weil...
Bewußtsein...
zum heutigen...
gelagten die...
mann über Ke...
und Redakteur...
Krankheit am...
beiden erstere...
der amtierende...
nung der Ankl...
zu wollen. Die...
holten Antrag...
wegen der bee...
indem der jetz...
das Beweisthe...
sch erachtete.

Der sehr...
Stellung bei...
ich in sechs...
Markt zuzueign...
Register und...
Landgericht...
gestellt ward...
er in Folge d...
nathen war. T...
mitbernde Umf...
iner Gesamt...
Verlust.

Vereine...
Zentral...
Böttcher...
Mitgliederverf...
Ordnung: 1. V...
vollständigen...
3. Verschiedenes...
aufmerksam gen...
hr. Vereis...
Arbeiter. In...
bei Graßweil...
am 4. Quartal...
gaben 924 60...
auf 1242 78...
Stiftungsfonds...
mögen 1828,03...
2566,05, die...
Berichte, welche...
folgendes: 1...
in Königsberg...
längst, die Mau...
10 Mark, die...
Fabrik mit 8...
mit 48...
7 Mitgliedern...
7 Prozeßen su...
amentlich den...
Mitglieder, der...
Beretndberg...
interfügt word...
21 auf 623, d...
angewachsen. 9...
von 84 Kolleg...
8 Nichtmitgliedern

Die moderne Reichsgesetzgebung und der Handels-
gehilfenstand bildet das Thema der Tagesordnung einer
öffentlichen Versammlung sämtlicher Berliner Kaufleute, welche
das Agitationskomitee der „Freien Organisation junger Kauf-
leute“ am Donnerstag, den 28. d. Mts., Abends, im Buggen-
hagenschen Etablissement auf dem Rixdorp-Platz veranstalten wird.
An dieser Versammlung sind sämtliche Mitglieder aller
Fraktionen des deutschen Reichstages und ganz besonders die
Mitglieder der Arbeiterschutzes-Kommission speziell einge-
laden worden. Auch haben bereits einige Mitglieder der
Fraktion der deutschfreisinnigen Partei ihr Erscheinen dem ein-
berufenden Komitee zugesagt.

h. An alle Zimmerleute Berlins und Umgegend
erläßt die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute einen
Ausruf, in welchem sie dieselbe vor den bedenklichen An-
sinnigungen und Verworfungen der Zimmermeister der Innung
Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister Berlins warnet,
die Gesellen zu bewegen, ihnen als Werkzeuge zum Zustande-
kommen eines gefügigen Gesellen Ausschusses zu dienen. Zu
diesem Zwecke hätten, so versichert der Ausruf, die Zimmer-
meister von den auf ihren Verträgen gewählten Blag-
deputierten der Gesellen jeweils an verschiedenen Abenden
einen kleinen Theil derselben nach dem Architekten-Hause resp.
Amt des Bundes der Meister (in der Wilhelmstraße) kommen
lassen, um sie dort zur Wahl eines Vertreters zu dem be-
währten Gesellenausschuss durch allerlei Lockmotive zu über-
reden. Dagegen erwarde die Lohnkommission von dem gesun-
den Sinn der Berliner Zimmerleute, daß sich dieselben auf
solche Weise nicht gegen ihr eigenes Interesse wer-
den gebrauchen lassen, sondern daß sie vielmehr den Herren
Innungs-Meistern auf das Bestimmteste erklären werden,
zur Vertretung der Berliner Zimmerleute in allen Angelegen-
heiten einzig und allein die von der Gesamtheit derselben
gewählte Lohnkommission für kompetent zu erachten. Letztere
bege, heißt es ferner in dem Ausruf, die feste Ueberzeugung,
daß sich die Berliner Zimmerleute nie und nimmer dazu her-
geben werden, einer Institution nach Art des besagten Ge-
sellenausschusses zum Dasein zu verhelfen, nachdem bisher alle
solchen Ausschüsse nur Zwietracht in den Gesellentreisen er-
zeugt hätten. In Hamburg, Altona, Magdeburg, Barmen,
Leipzig und vielen anderen Städten sei die Gesellenausschüsse
seit langen Jahren mit Engherzigkeit zurückgewiesen worden.
So lange nicht die Gesamtheit der Berliner Zimmerleute
ohne jegliche Ausnahme zur Wahl eines Gesellenausschusses
herangezogen werde, würden dieselben den Gesellenausschuss
niemals als kompetent zu ihrer Vertretung anerkennen.

Literarisches.

Robbertus, Marx, Cassalle. Sozialwissenschaftliche Studie
von C. A. Schramm, ca. 6 Bogen Text. Verlag von
L. Bieder in München.

In der Vorrede dieser soeben erschienenen äußerst inter-
essanten Schrift erklärt der Verfasser, die Darstellung versuchen
zu wollen, „von welchen geschichtsphilosophischen Gesichtspunkten
Robbertus und Marx ausgehen, welche Stellung sie dem
heutigen Staat und der heutigen Gesellschaft gegenüber ein-
nehmen und in welcher Weise sie sich die Umgestaltung der
wirtschaftlichen Zustände denken. Daraus wird sich ein Ver-
gleich der Ansichten der beiden bedeutenden Gelehrten knüpfen
und schließlich werde Verfasser zeigen, daß — wie hoch auch
Beide in wissenschaftlicher und theoretischer Beziehung dastehen
— sie doch für den Arbeiterstand und die
Arbeiterbewegung im Vergleich mit Ferd.
Cassalle von geradezu untergeordneter Be-
deutung sind.“ Nachdem der Verfasser zu diesem Zweck
über die Systeme der beiden Theoretiker Robbertus und
Marx in ihren Grundzügen referirt und dieselben um Theil
kritisiert hat, feiert er Cassalle als den Mann der
That, der die Theorien dieser beiden großen Vor-
gänger auf seine Art in die Praxis umgesetzt habe, der in
einem Jahre für das Verständnis der sozialen Frage, für das
Klassenbewußtsein der Arbeiter, für Bildung einer politischen,
nach der Herrschaft im Staate strebenden Partei mehr gethan
habe, als alle Doktrinäre zusammengekommen in einem Menschen-
alter fertig kriegten. Als rother Faden zieht sich durch die
ganze Schrift eine Polemik gegen gewisse Bestrebungen, welche
die Lehren und Theorien dieser drei Männer zu einer Art
Dogma für die deutsche Arbeiterpartei machen zu wollen
scheinen, und in einer Augenwendung wahr der Verfasser sich
und der deutschen Arbeiterpartei das Recht der freien Forschung,
deren Ergebnisse sich immer von allerlei Seklretel, päpstlicher
Intoleranz und sanftem Belotenthum fernhalten werden.
Es ist kein Zweifel, daß die Anschauungen des Ver-
fassers in vielen Punkten Widerspruch er-
fahren werden, insofern für die Sache selbst, für die soziale
Bewegung der Gegenwart wirkt die Schrift entschieden an-
regend, und die Entgegnungen, welche sie hervorrufen wird,
werden nicht wenig zur allseitigen Aufklärung und Förderung
der Arbeiterbewegung beitragen.

Von dem illustrierten Unterhaltungsblatt „Die neue
Welt“, Hamburg, Verlag von J. H. W. Diez, ist soeben
Heft 9 des ersten Jahrgangs erschienen.
Inhalt: Vom Stamm gerissen. Roman von E. Langer.

(Fort.) — Die Urzeit des Germanenthums. Von Dr.
Dull. (Fortsetzung.) — Die heilige Nacht vor 1300.
Ein altgermanisches Kulturbild von Albert Lindner.
— Anleitung zum praktischen Seidenbau mit Rücksicht
weniger milde Klimate. Von W. Sorfa. (Schluß.)
Arbeiterwohnungsfrage und ihre Lösung durch
Von Bautechniker Weberlein. — Die Alten und die
Eine Blauderel von Bruno Geiser. — Unsere Illu-
Ein Kampf auf hoher A. — Der Schloßberg in
Ohne Jagdschein. — Unruhiges Modell. — Für un-
Frauen. — Polytechnisches. — Gletsch o. Technisches.
rische Umschau. — Vermischtes. — Epigramme von
Bernide. — Rebus. — Redaktions-Korrespondenz.
licher Rathgeber. — Mannig altiges. — Der Leucht-
Pharus.

Briefkasten der Redaktion.

A. A. Waldemarstraße. Zur Zahlung der
Sie trotz der Gesundheitsgefährlichkeit des Wohn-
lange verpflichtet, als Sie denselben inne haben. Es
hat wegen des Hines das Retentionsrecht an ihnen.
W. Bernau. Der Kauf ist verpflichtet, Ver-
bindungs-, Verpflegungskosten der Geschwängerten für
und Alimente für 6 Wochen zu zahlen. Die Höhe
bestimmt sich nach den örtlichen Verhältnissen.
J. J. 1. Grünauerstraße. 1. Vor der
können Sie durch die von Ihnen angegebene Maß-
und Kinder nicht schützen. — 2. Der angegebene
lein Ehecheidungsgrund.
Bernau. Sofern die Arbeit von Ihnen schlecht
ist, müssen Sie sich den Abzug gefallen lassen.
Kasseler. Der Austritt aus einer Synagoge
erfolgt dadurch, daß der Austrittende in Berlin vor
seines Domizils den Austritt unter der Versicherung
daß solcher auf religiösen Bedenken beruhe. Der
der Austrittserklärung muß ein hierauf gerichteter
angeben. Die Aufnahme der Austrittserklärung
vor Ablauf von 4 Wochen und spätestens innerhalb
nach Eingang des Antrags zu gerichtlichem Protokoll.
Die Austrittserklärung bewirkt bezüglich der Steuern
Ausgetretene zu den Leistungen, welche auf der
Angehörigkeit zur Synagogengemeinde beruhen, die
durch Gesetz oder Verwaltungsvorschriften allgemein
eines bestimmten Bezirks auferlegt sind, vom Schluß
die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres ab
verpflichtet wird.

Theater.

Dienstag, den 19. Januar.
Opernhaus. Margarethe, Oper in 5 Akten,
nach Goethes Faust von Jules Barbier und
Michel Carré. Musik von Gounod. Ballet
von P. Taglioni.
Schauspielhaus. Der Leibarzt, Lustspiel in
4 Akten, mit Einfügung einer Nicht'schen
Idee, von Leopold Gütlinger.
Deutsches Theater. Der Bureaukrat.
Residens-Theater. Denise, Schauspiel in
4 Akten von A. Dumas (Sohn).
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Rafaela, Operette in 3 Akten von Max
Wolf.
Walhalla-Operetten-Theater. Madcotte.
Belle-Alliance-Theater. Kritz-Byritz.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Boulevard-Theater. Lucia Borglia.
Victoria-Theater. Messalina.
Odeon-Theater. Wir Berliner.
American-Theater. Große Spezialitäten-
Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezial-
itäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-
Vorstellung.
Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.
Triefel und Wiesel,
Voffe mit Gesang in 3 Akten (6 Bildern)
von Ed. Jakobson. Musik von G. Lehnhardt.
Vor der Vorstellung:
Gr. Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der
Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr,
der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Bons haben Wochentags Billigkeit und sind im
Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Gr. Konzert der Hauskapelle.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg.
bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama.
Eine interessante Wanderung durch
Belgien. Eine bequeme Reise am schönen
Rhein. Hertha-Reise. Karolinen-
Inseln. Jap. Eine Reise W. W. Kinder nur
10 Pf. Abonnements- und Vereinsbillets.
Den Mitgliedern des Fachvereins der Rohr-
leger zur Nachricht, daß der Kollege
Fritz Wertz
am Sonnabend, den 16. d. M., nach ein-
wöchentlichen Krankenslager verstorben ist. Die
Beerdigung findet am Dienstag Nachmittag
2 Uhr vom Trauerhause, Ballhofstraße 28, aus-
statt. [472] Der Vorstand.

Elegante Masken-Garderobe Fr. Panknin,

Draniensstr. 178, b. U.
Ede Albalbertstr.
Die gegen Karl Petril ausgesprochene Be-
leidigung nehme ich hierdurch zurück.
[474] W. Hohendorf.

An die Kommunalwähler Berlins!

Das unterzeichnete Arbeiter-Wahl-Komitee legt hiermit
öffentlich sein Mandat nieder, da es am Sonntag durch die
polizeiliche Auflösung nicht geschehen konnte.
Voigt. Krause. Ballmüller. Schweitzer. Fahrenwald.
Gottfried Schulz. Lehmann. Gutsche. Pape. Boy.
Bley. Strassburg. Kroll. Thomä. [481]

Heute frische Blut- und Leberwurst,
auch außer dem Hause. [478]
M. Kreutz, Rottbuserplatz.

Metallschleifer!

Warnung! Hierdurch theilen wir Euch
mit, daß wir mit dem heutigen Datum (18.)
die Arbeit, wegen 20 pCt. Lohnabzug und da
mehrere Kollegen entlassen werden sollten,
niedergelegt haben. Wir bitten Bezug streng-
stens fernzuhalten.
Unterstützungen sind im Restaurant von
Sodile, Nitterstr. 123, abzuliefern. [475]
Die streikenden Kollegen der Wolter'schen
Schleiferei.

Große öffentl. Versammlung

der
Cigarren- u. Tabakarbeiter
Berlins
heute, Dienstag, den 19. d. M., Abds. 8 Uhr,
in Frahm's Gesellschaftshaus, Oranienstr. 180.
Vortrag des Herrn Rendjora. [477]

Sanitäts-Verein für Arbeiter

beiderlei Geschlechts (G. S. 85).
Montag, den 25. Januar, Abends 8 Uhr,
Zweite ordentliche

General-Versammlung

in Weik's Salon, Alexanderstraße 31.
Tagesordnung:
1. Abrechnung der Kommission und Bericht
des Ausschusses. 2. Statutenänderung. 3.
Gew. Neuwahl des Vorstandes. 4. Beschie-
denes. Nur männliche großjährige Mitglieder
haben Zutritt. Das Mitgliedsbuch legitimirt.
[471] Der Vorstand.

Arbeitsmarkt

Gärtler auf Bijouterie verl. Wiggerl,
Waldemarstr. 40a. [480]

Tischler

Herberge u. Verkehrs-
Lokal sowie Zentral-
Arbeitsnachweis des Fach-
vereins der Tischler O.
Blumenstr. 56. Die
Arbeits-Vermittelung geschieht unentgeltlich.
Adressen-Ausgabe an Wochentagen von 8 1/2 bis
9 1/2 Uhr Abends. Sonntags von 9-11 Uhr
Vormittags. [476]

Zur Beachtung.

Das Verkehrslokal, verbunden mit unent-
geltlichem Arbeitsnachweis und solide eingerich-
teter Herberge für Altoner, Former, Schleifer
und sonstige Metallarbeiter befindet sich Ritter-
straße 123, geöffnet bis Abends 12 Uhr. Zu-
gereiste Former und Schleifer erhalten daselbst
Reiseunterstützung. [479]

Der unentgeltliche Arbeits-

Nachweis der
Clavierarbeiter
befindet sich Skalitzerstr. 18
bei Stramm. [572]

Wichtig für Hausfrauen, Waschanstalten etc.
Seifenpulver der rheinischen Soda-Fabrik von
F. E. Leisel, Mühlheim am Rheine
Anerkannt bestes und billigstes Wasch- und Reinigungsmittel, macht
Wäsche blendend weiß, enthält keine derbeiten schädlichen Bestandtheile, reißt
viel Zeit und Arbeit. Eignet sich auch sehr zum Reinigen von Fuß-
fenstern, Metallen etc.
1/2 Pfd. des Pulvers ersetzt 2 Pfd. Seife. Probepackete 20 Pf.
träge von 10 Pfd. an frei in's Haus.
Respekt. Seifen-, Drogen- und Kolonialwaaren-Handlungen als Del.
werden gesucht.
Hugo Jacobsohn & Co.
General-Debiture,
Berlin S., Dresdener Straße 106.
Verkaufsstellen: Mota, Stalitzerstraße 101. Reiman, Bismarckstraße 10.
A. H. H. Auf Verlangen des Herrn Hugo Jacobsohn beschreiben
denselben hiermit, daß in meiner Anstalt nur Seifenpulver der rheinischen Soda-
in Gebrauch kommt und dasselbe sich vorzüglich bewährt. Frau Salber

Täglich: Königsberger Fleck, à Portion
im Restaurant Skalitzerstraße 18 bei Stramm.

Staatlich concessionirte
Deutsche Kunstgewerbe-Lotterie
Ziehung in Berlin am 24., 25., 26. Februar 1886.
5000 Gewinne im Gesamtwerthe von
62,900 Mark.
Erster Hauptgewinn: Salon, Speisezimmer, Schlafzimmer.
Zweiter Hauptgewinn: Wohnzimmer, Schlafzimmer.
Dritter Hauptgewinn: Roco-Salon.
Vierter Hauptgewinn: Altdutsche Trinkstube u.
Loose à 1 Mark sind zu beziehen durch den
General-Debit von
R. Schumacher, Berlin C., Königstr. 143
Wiederverkäufer erhalten beste Bedingungen.
Die Ausstellung der Gewinne beginnt
20. Januar cr. in den dem Lotteriekomitee gehörigen
Räumen Leipzigerstr. 107, Hof part.
Eintritt frei.

Unter dem Protektorat J. J. R. A. G. H. des Kronprinzen und der Frau Kronprin-
Ziehung am
Kinderheilstätten-Lotterie. 20. Januar 1886.
— Hospiz Zoppot. —
Gewinne à 4000, 1000, 500, 200, 100, 50, 10 und 5 Mark in
Loose à 1 Mark (11 Loose für 10 Mark)
zu haben bei allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen und dem General-
von Richard Schröder in Berlin W., Markgrafenstrasse 46, Genadarmenmarkt.

Kgl. Preussische Klassen-Lotterie
Letzte Klasse: 22. Januar.
Originale 1/2: 72 Mark.
Antheile: 1/4 a 60 Mk., 1/8 a 30 Mk., 1/16 a 15 Mk., 1/32 a 7 1/2 Mk.
1/64 a 3 3/4 Mk.
Porto und Liste 50 Pf. extra.
Richard Schröder, Bankgeschäft, Berlin W., Markgrafenstr.
Genadarmenmarkt.